

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

41. Sitzung
10. Oktober 2024

Beginn: 09.08 Uhr
Schluss: 12.33 Uhr
Vorsitz: Danny Freymark (CDU); Schriftführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0091](#)
Klimakrise und Klimazukunft: Szenarien für die UK
Region Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0205](#)
Zukünftige Klimaentwicklungen in Berlin- UK
Brandenburg: Was erwartet uns?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde ich gerne die Möglichkeit zur Begründung geben. – Herr Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es macht fast schon den Eindruck, als hätten sich die Menschen an die ersten Auswirkungen des Klimawandels fast schon gewöhnt. Es ist kaum anders zu erklären, warum die Fluten des letzten Hochwassers in unseren Nachbarbundesländern, wo eben nicht nur Keller geflutet, sondern ganze Häuser weggespült wurden und es viele Tote gab, eigentlich nicht zu einem größeren Aufschrei für ambitionierteren Klimaschutz geführt haben, aber auch der heiße September hat uns deutlich spüren lassen, dass Hitzeperioden weit über den Hochsommer hinaus reichen können. Das wird sich in den nächsten Jahren auch noch verschärfen. Das wird Menschenleben kosten.

Auch wenn die Menschen die Klimakrise derzeit als nicht so präsent ansehen, so ist es doch in unserer Verantwortung zu handeln, um den ungebremsten Klimawandel so gut es geht zu stoppen. Überall da, wo wir die Verantwortung tragen, muss auch verantwortungsvolle Politik über die Grenzen der demokratischen Fraktionen möglich sein. So hatten wir als Grüne, aber auch die Linken deswegen das Klimasondervermögens, das der Senat und die Koalition angedacht haben, unterstützt. Natürlich fordern wir auch deswegen beharrlich die CDU-Fraktion auf, das BEK endlich zu beschließen.

Unser Blick muss auch über die Landesgrenze hinausgehen, gerade im Bereich Klimaschutz sind wir eng mit unserem Nachbarbundesland verzahnt; wir wissen es. Brandenburg ist einer der Hauptstandorte für die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere Windkraft. Berlin als größter Ballungsraum ist die große Energiesenke. Eine koordinierte Energiepolitik könnte dafür sorgen, dass die Energieerzeugung und -nutzung optimiert werden, etwa durch den Ausbau der Stromnetze, der Einsatz von Speichern. All das könnte zu einer Gesamtstrategie für CO₂-Reduzierung führen, aber auch im Bereich der Wärmeversorgung, der Wärmewende wird Umweltwärme eine immer wichtigere Wärmequelle. Auch hier gibt es die Möglichkeiten einer sehr engen Kooperation zum Beispiel mit den Nachbarkommunen in Brandenburg,

zum Beispiel beim Thema Tiefengeothermie könnte man zusammen arbeiten, Netze aufbauen, aber auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel Umweltschutz. Wir teilen viele Wälder, Gewässer, Flüsse, auch der Schutz dieser Ressourcen ist für eine koordinierte Herangehensweise in Sachen Klimaschutz unerlässlich. Auch wenn es nicht direkt das Thema des Ausschusses ist, ist die Sache Verkehr und die Pendlerinnen und Pendler zwischen den Bundesländern ein weiterer Punkt, der sicher mal im entsprechenden Ausschuss aufgerufen werden muss.

Berlin hat eine symbolische Funktion in Deutschland und weltweit. Wenn wir es schaffen, eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Brandenburg im Bereich des Klimaschutzes hinzubekommen, dann kann das Vorbild für andere Regionen in Deutschland sein, wie Ballungsräume und der ländliche Raum sich hier sehr gut ergänzen können. Aus diesem Grund freue ich mich, dass wir dieses wichtige Thema heute im Ausschuss besprechen. Es ist schade, dass Frau Bonde als Klimaschutzsenatorin heute nicht da ist. Ich freue mich aber auf den Input der echten Experten, den wir hoffentlich gleich hören!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank für die Begründung! – Dann hat die SPD-Fraktion mit Linda Vierecke die Gelegenheit zur Begründung des TOP 3 b.

Linda Vierecke (SPD): Ich glaube, für alle, die es hören wollen, muss man wirklich nicht mehr viel zur Situation des menschengemachten Klimawandels sagen. Es ist keine Sache des Glaubens, sondern der politischen Ausrichtung. Das wird sicherlich auch heute bei uns in der Anhörung klar, aber die Fakten zeigen uns, dass wir schon längst die Auswirkungen der Klimakrise spüren. Ich glaube, wir haben alle ein bisschen in die USA geblickt, die Dramatik, mit der mittlerweile Stürme auf Küsten treffen, hat sich extrem verschärft. Wir haben selbst hier im Land mit Hochwasser zu tun. – Ich habe irgendwie eine Rückkopplung oder ein ganz schräges Summen im Ohr, von rechts, muss man sagen. – Ich glaube, wir müssen zwei Sachen machen: Wir reden in der Stadt ganz viel über Klimawandelanpassung. Ich finde das extrem wichtig, weil wir schon jetzt spüren, wie sich das Klima auch in dieser Stadt ändert. Es ist wichtig, über Stadtgrün zu reden, wie wir den Waldumbau gestalten zu reden. Frau Behrendt hat es gerade schon wieder gesagt, dass der Waldzustandsbericht auch bei uns nicht wesentlich besser sein wird als im Rest des Landes, aber wir haben da einen Schatz, mit dem wir wirklich auch arbeiten müssen, um dieser Klimakrise zu begegnen.

Das eine ist die Anpassung, weil die Menschen den Klimawandel spüren, die Hitze und eben auch die Auswirkungen wie Starkregen auch diese Stadt treffen, aber das andere ist, wirklich noch zu verhindern, dass es sich weiter aufheizt, auch in dieser Stadt und auf der Welt. Dafür muss man eine Energiewende wirklich angehen. Deswegen ist unsere Klimapolitik richtungsweisend, und das werden wir heute in der Anhörung merken, nicht nur bei der Auswahl der Experten. Ich freue mich sehr, dass Sie heute da sind, dass auch vom PIK eine Reihe von Menschen da sind, die dazu forschen und Erkenntnisse liefern. Die brauchen wir, und die müssen wir als Politik stärker aufnehmen und Entscheidungen treffen, die dazu führen, dass wir weiterhin ein gutes Leben in den Städten und in diesem Land und auch auf ganzen Welt haben. In dem Sinne freue ich mich auf die Anhörung. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollegin Vierecke, für die Begründung der Koalition! – Dann ist jetzt für mich die Möglichkeit, Frau Beate Züchner aus der Verwaltung zu begrüßen. – Schön, dass Sie wieder mit dabei sind; Sie sind ja regelmäßig

da und stehen uns kompetent zur Verfügung! – Als Anzuhörende haben wir einige, die auch öfter zu Gast sind. Ich freue mich, den einen oder anderen wiederzusehen. Ich begrüße Herrn Prof. Dr. Fred Hattermann, den stellvertretenden Abteilungsleiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung – herzlich willkommen! –, Herrn Prof. Dr. Bernd Hirschl, Leiter des Forschungsfeldes Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Herrn Michael Limburg, den Vizepräsidenten von EIKE, Europäisches Institut für Klima und Energie, Herrn Prof. Dr. Stephan Rammler, freier Wissenschaftler und Autor, und Herrn Dr. Reusswig, Wissenschaftler des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung – PIK –, Abteilung Klimaresilienz.

Sie alle fünf haben gleich die Gelegenheit für Ihre Statements. Wir orientieren uns gerne an den berühmten fünf Minuten. Wir schauen mal, wer von Ihnen das schafft, und versuchen dann bei dem einen oder anderen Überziehen rücksichtsvoll zu sein, aber bitte orientieren Sie sich daran. Wir haben von Prof. Dr. Hirschl, Herrn Limburg und Herrn Prof. Dr. Rammler jeweils sogar eine kurze Präsentation. Da werden wir schauen, dass wir die hier übertragen. Die Techniker waren schon fleißig, also vielen Dank auch dafür!

Dann gehe ich davon aus, dass wir ein Wortprotokoll dazu anfertigen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann machen wir das so. Vielen Dank! Wir werden wieder mit der Liveübertragung, Ton- und Bildaufnahmen arbeiten; das habe ich schon am Anfang der Sitzung abgefragt, frage ich an der Stelle gerne noch einmal explizit: Hat irgendjemand ein Problem damit? – Das sehe ich nicht, dann können wir demnach das auch so machen. Nach den Begründungen der Koalition und der Grünenfraktion hat der Senat noch die Möglichkeit, zu dem Besprechungspunkt eine einleitende Stellungnahme abzugeben. Wollen Sie das, Frau Staatssekretärin Behrendt? – Dann haben Sie gerne das Wort.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Es wurde gesagt, dass es schade sei, dass die Umweltsenatorin nicht da sei. Frau Bonde ist auch Verkehrssenatorin, und sie ist gerade bei der Verkehrsministerkonferenz gebunden. Sonst wäre sie sicherlich dabei, aber das ist einer der Termine, den sie definitiv wahrnehmen muss.

Die Klimakrise ist, ich würde sagen, die drängendste Bedrohung in unserer Zeit. Das wissen wir eigentlich auch alle, bis auf wenige Ausnahmen. Wir haben aus meiner Sicht kein Erkenntnisproblem, denn wir haben schon seit sehr langer Zeit die Daten, die uns ganz klar sagen, wo wir beim Thema Klimawandel stehen. Wir alle spüren die Folgen, wir spüren sie nicht nur in Amerika, sondern wir spüren sie auch bei uns im Land, und zwar nicht nur durch die Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, wie es sie zum Beispiel im Ahrtal gab, sondern wir spüren es auch durch Dürre in der Landwirtschaft, durch Hitze in der Stadt, wir können auch gerade in Berlin und in Brandenburg beobachten, dass es auch einen Anstieg an Hitzetoten gibt. Das lässt sich statistisch ganz klar nachweisen. Der Temperaturanstieg gerade in unserer Region lässt sich auch nachweisen. Man muss leider sagen, dass Berlin-Brandenburg schon eine der Regionen in Deutschland sein wird, die am meisten und am heftigsten vom Klimawandel betroffen sein wird und es auch schon ist.

Ich glaube, wir können gar nicht ernst genug über dieses Thema sprechen. Ich freue mich auf die Anhörung, aber ich glaube – und das meine ich wirklich sehr ernst –, dass das Thema Erkenntnis nicht unser Punkt ist, an dem wir gerade stehen. Die Herausforderung, vor der wir alle stehen, ist das Thema wieder so zu transportieren, dass alle die, die an den Maßnahmen,

die wir jetzt ergreifen müssen, mitwirken müssen, die Ernsthaftigkeit auch wahrnehmen, nicht resignieren, sondern sagen: Wir packen es an, denn wir können etwas verändern. – Ich glaube, da sind wir wirklich in einem historischen Zeitraum, wo wir noch in der Lage sind, Dinge so zu beeinflussen, dass sie noch ein Leben in Städten wie Berlin weiterhin möglich machen. Da müssen wir alle miteinander ernsthaft überlegen, wie wir die Kommunikation und die Art und Weise, wie wir über dieses Thema miteinander sprechen, vielleicht so verändern, dass wir die Leute nicht dazu bringen, dass sie sagen: Ich stecke den Kopf in den Sand und tue so, als gäbe das Ganze nicht. – Das ist eine Riesenherausforderung. Man muss das Thema so präsentieren, dass konkret klar wird, dass wir etwas tun können, dass wir auch etwas tun.

Es gibt in Berlin ganz viele Beispiele, was wir hier bei uns vor Ort schon machen, um die Stadt auch umzubauen. Schauen Sie sich den Gendarmenmarkt an; das ist eine Riesenbaumaßnahme, wo es um das Wassermanagement geht und darum, das Wasser in der Stadt zu halten. Das sind Maßnahmen, die wir schon ergreifen. Beim Thema Grün in der Stadt müssen wir noch sehr viel mehr tun, um das Grün in der Stadt zu erhalten, das durch den Klimawandel besonders gefährdet ist und viel mehr Pflege bedarf. Es reicht nicht mehr nur, wie man das vielleicht vor 30, 40 Jahren gemacht hat, mehr Bäume zu pflanzen, sondern wir müssen viel mehr in die Pflege investieren. Das kostet Geld, und dafür brauchen wir Personal. Das müssen wir alles umsetzen. Wir müssen auch die Menschen überzeugen, dass das zwar alles Geld kostet, es kostet sehr viel Geld, aber die Kosten, wenn wir das alles nicht tun, um ein Vielfaches höher sein werden. Deswegen muss man es ökologisch, aber auch ökonomisch begründen und dann die Leute dazu bringen, sich an der Umsetzung beteiligen. Der Staat – ob das jetzt der Senat oder die Bezirke sind – wird es nicht schaffen, diese Transformation alleine zu stemmen. Da müssen alle mitmachen, da sind die Unternehmen gefordert, natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen zu ganz vielen entscheidenden Entscheidungen kommen und sie umsetzen.

Ich hoffe, dass wir mit dieser Anhörung und der Diskussion auch dazu gemeinsam beitragen können, dass alle verstehen, dass es höchste Zeit ist, dass die Zeit eigentlich fast schon spät ist, aber es ist noch nicht zu spät, dass wir gemeinsam Dinge verändern müssen. Das kostet Geld, das kostet Zeit, aber diese Zeit und dieses Geld sind sehr gut investiert. Gerade Berlin-Brandenburg wird sonst in ganz schlimme Zeiten kommen, wenn wir die Stadt nicht umbauen und sich nicht alle an diesem Umbau beteiligen. Das war es erst einmal von meiner Seite. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Behrendt für diese einleitende Stellungnahme! – Ich will mich an einer Stelle korrigieren: Wir haben mittlerweile von allen fünf Anzuhörenden eine Präsentation vorliegen. Das freut uns sehr. Vielen Dank dafür! Es ist gang und gebe hier im Haus, dass wir die Stellungnahmen gerne in alphabetischer Reihenfolge machen. Ist das für alle Anwesenden, wenn Sie kurz durchkalkulieren, wer noch neben Ihnen mit welchem Anfangsbuchstaben sitzt, akzeptabel? – Ich sehe Kopfnicken bei allen. Dann würde Herr Prof. Dr. Hattermann beginnen; er hat die berühmten fünf Minuten. Schön, dass Sie unser Gast sind!

Dr. Fred Hattermann (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung – PIK –): Vielen Dank für die Einladung! Ich versuche, mich an die fünf Minuten zu halten. Ich wollte ein paar ausgewählte Ergebnisse zum Klimawandel, wie er schon beobachtet wird, zeigen. Ich fange ger-

ne mit der Beobachtung an, weil man dadurch viel erklären und dann in die Zukunft zeigen kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sehen Sie zum Beispiel den Klimawandel, so wie er in Europa beobachtet ist, auf der linken Seite die Temperatur. In Deutschland ist es mittlerweile im Durchschnitt 2 Grad Celsius wärmer. Die Hitzeextreme haben die Tendenz, stärker anzusteigen. Wir haben es gerade angesprochen, die Hitzeextreme nehmen auch sehr stark zu. Auf der rechten Seite sehen Sie den Niederschlag. In blauen Farben sehen Sie, wo er zugenommen hat, und in bräunlichen Farben, wo er abgenommen hat. Sie sehen, dass das Band „Abnahme“ in unsere Region hineinkommt. Sie sehen aber auch, dass es schraffiert ist. Der Trend ist nicht sehr stark, aber er ist da. Das ist, glaube ich, auch gut verständlich.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann habe ich zwei Satellitenergebnisse: Die linke Seite zeigt das Wasserdefizit im Grundwasserleiter wie wir es 2022 vorliegen hatten. Da hatten wir diese fünf Jahre große Trockenheit hintereinander. Dann habe ich noch eine Aufnahme von jetzt genommen. Da sehen Sie, dass wir durchaus noch nicht auf der ganz guten Seite sind. Es ist besser geworden, es gab mehr Niederschläge, das ist so, aber es ist nicht so, dass jetzt alles gut ist; ich komme gleich dazu.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Weil die Frage ist: Jetzt hat es viel geregnet, wie sieht es jetzt aus? – Da, finde ich, müssen Sie diese Folie verfolgen, weil die viel plausibilisiert. Oben sehen Sie in blau die Niederschläge – das ist die Station Potsdam, also im Grunde unsere Station – relativ variabel, aber Sie sehen gar keinen starken Trend, ein bisschen Abnahme, aber es ist kein so starker Trend. Das sind die Niederschläge. Jetzt gucken Sie sich mal die Verdunstung an. Die Verdunstung ist in unserer Region fast so hoch wie die Niederschläge, und die nimmt relativ deutlich zu. Da ist die Schwankung auch gar nicht so groß. Die Pflanzen nehmen sich das, was in den Boden kommt, und erst dann kommt das Wasser ins Grundwasser. 80 Prozent des Wassers, das wir zum Beispiel in der Havel haben, ist eigentlich Grundwasser. Wenn es dem Grundwasser schlecht geht, geht es auch den Oberflächengewässern schlecht. Das sehen Sie hier. Das Grundwasser nimmt relativ deutlich ab. Das ist alles über die historische Periode. Was uns betrifft, ist dieser Korridor dazwischen. Das ist genau die Wassermenge, mit der wir operieren. Das ist das, was im Grundwasser ist, was in der Havel ist, was wir speichern, womit wir die Braunkohletageseen fluten wollen; das ist dieser Anteil, und der nimmt eben ab. Da können Sie sich vorstellen, dass es auch Konflikte geben kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt zeige ich hier noch ganz kurz Grundwasserstände in Brandenburg: Sie sehen oben die blaue Linie. Das ist das jeweilige Maximum; so hoch war der Grundwasserstand überhaupt einmal. In Rot sehen Sie, wo jeweils das Minimum ist, das Rekordtief, und grün ist das Mittel. Eigentlich müssten im Winter die Grundwasser immer hochgehen und im Sommer gehen sie wieder runter. Es müsste eigentlich immer um das grüne Mittel schwanken. Sie sehen auf der linken Seite – flussnah, das ist in Caputh an der Havel, kommuniziert mit dem Fluss, sieht

relativ gut aus –, dass der Grundwasserstand eigentlich auch zu niedrig ist, aber mit dem nas-sen Jahr, das wir hatten gar nicht so schlecht. Rechts ist Seddin. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Der Seddiner See zeigt eine Problematik, die vielen bekannt ist, dass die Seen sehr stark zurückgehen. Der See ist grundwassergespeist, und da sehen Sie sehr stark, dass wir deutlich unter den normalen Grundwasserständen sind, auch jetzt nach einem sehr feuchten und einem relativ feuchten Jahr. Wir sind durchaus nicht da, wo wir eigentlich hinwollen. Diese Flachseen führen dazu, dass Sie sehr viel Uferverlust haben und diese ganze Ökologie dabei verloren geht. Das ist eine Entwicklung, die wir sehr deutlich sehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vielleicht noch eine Folie: Das ist der Abfluss in der Elbe. Die Elbe sammelt das Wasser aus Ostdeutschland, kommt ursprünglich aus Tschechien. Da sehen Sie relativ deutliche Trends im Rückgang der Abflüsse in der Elbe. Das ist die Problematik.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt schauen wir einmal in die Zukunft, ich habe zwei Folien zur Zukunft: Die Problematik ist, dass wir hier im Übergangsbereich sind. Wir wissen ziemlich genau, dass in Nord- und Westeuropa die Niederschläge zunehmen und in Ost- und Südeuropa tendenziell abnehmen. Das will ich auch nicht verheimlichen. Ich zeige Ihnen hier einmal ein Szenario: Wenn wir eine feuchte Zukunft hätten, dann sähe es so aus. Wir schauen uns aber natürlich auch die Beobachtung an und schauen uns über die Szenarien an, welche Szenarien durch die Beobachtung plausibilisiert werden. Da sehen Sie, wenn wir das machen, eigentlich eher das trockene Szenario, und das ist dieser Rückgang der Grundwasserneubildung. Das wäre nicht gut für unsere Region. Berlin hängt an der Spree, wir brauchen diese 8 Kubikmeter pro Sekunde Zufluss, und darüber ist auch noch der Braunkohletagebau, der geflutet werden muss. Ich sage mal, dass das eine problematische Zukunft wäre.

Wie sieht das Hochwasser aus? – Mit den Versicherern haben wir eine ziemlich große Studie gemacht, und seitdem arbeiten wir sehr viel daran. Hier sehen Sie in die Zukunft bis zum Ende des Jahrhunderts hinein mit Schadensdaten, die wir von den Versicherern haben. Wir haben es für 5 000 Flussabschnitte in Deutschland berechnet. Da gehört die Elbe mit vielen Flussabschnitten dazu. Sie sehen die Entwicklung der Schäden, die zum Jetztzeitpunkt – das war damals simuliert und ist jetzt auch so eingetreten – deutlich höher sind, als wir sie mal hatten. Wenn wir keine Maßnahmen treffen, wird das auch weitergehen. Der starke Anstieg am Anfang kommt wahrscheinlich auch dadurch, dass wir Schwellen überschreiten. Wir denken, dass wir gegen das hundertjährige Hochwasser geschützt sind, und dahinter haben wir Industrie und Häuser gebaut und so weiter. Wenn das überschritten wird, haben wir sofort einen großen Schaden. Wir haben sehr viele Bereiche, wo wir diese Sicherheitsmargen jetzt schon überschritten haben. Das sehen wir schon. Die Hochwasser, die wir in der Oder hatten, sind schon ungefähr doppelt so wahrscheinlich. Das sind auch die Folgen, die wir zu erwarten haben. – Damit bin ich auch am Ende!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! Sechs Minuten und fünf Sekunden! – Herr Prof. Dr. Hirschl, Sie haben die Gelegenheit, das zu unterbieten. Wir freuen uns auf Ihre Präsentation!

Dr. Bernd Hirschl (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung – IÖW –): Während die Präsentation gesucht wird, können Sie sich vielleicht schon gedanklich darauf einstimmen, dass wir vom Thema Klimawandel und dem, was hier in der Zukunft klimatisch passieren wird, zu den Lösungen switchen. Mit der alphabetischen Reihenfolge haben Sie sich eingehandelt, dass Sie immer mal Themensprünge mitmachen müssen. Wir kommen jetzt zu den Lösungen und wie wir mit Klimaschutzmaßnahmen darauf reagieren, und zwar in beiden Bundesländern. Ich habe Ihnen im Grunde nur zwei Folien mitgebracht, die ich ein bisschen einleite, und zwar zu den beiden zentralen Klimaschutzszenarien, die aber nicht nur rein wissenschaftliche Szenarien sind, sondern die zum einen hochgradig partizipativ entstanden sind, das heißt mit sehr vielen verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, interdisziplinär, mit sehr viel Praxiswissen. In beiden Bundesländern sind alle Praxisakteure von Energiewirtschaft bis hin zu allen Sektoren, die betroffen sind – weil wir alle Sektoren miteinbeziehen müssen –, einbezogen worden. Die politischen Auftraggebenden waren beteiligt. Das zweite Gutachten in Brandenburg ist zum Beispiel sehr eng mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe durchgeführt worden, auch da waren alle Ressorts mitbeteiligt. In Berlin war das ein bisschen enger, aber in Brandenburg haben wir das so in der Form durchgeführt. Ich hatte die Ehre und Freude, diese beiden Gutachten, die zu den entscheidenden Szenarien geführt haben, durchzuführen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich habe auch zwei Hüte auf, also nicht nur am IÖW in Berlin, sondern auch an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg in der Lausitz. Insofern bin ich in beiden Regionen aktiv. Deswegen denke ich diese beiden Regionen auch sehr gerne und sehr intensiv zusammen. Das ist auch in den beiden Studien und Szenarien eingeflossen. Wir haben das Wissen über die jeweilige Situation drum herum oder in Berlin auch miteinfließen lassen. Darauf komme ich gleich noch.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Damit Sie sich ein bisschen auf das Thema der Zusammenarbeit einstimmen können: Wir reden hier nicht über etwas, was Berlin und Brandenburg ganz neu erwischt, sondern Sie wissen alle, dass wir an verschiedensten Stellen zusammenarbeiten. Wir haben in der Geschichte dieser beiden Länder sogar schon öfter über Fusion gesprochen, was durchaus naheliegt, aber auch ohne diese Fusion haben wir ein sehr enges institutionelles Verhältnis – ob das der rbb ist oder eine Einrichtung, die für diese Thematik sehr wichtig ist, die Gemeinsame Landesplanung. So etwas gibt es schon. Man kann auch beim Thema Klima durchaus über den einen oder anderen Staatsvertrag nachdenken. Es gibt auch weichere Instrumente wie Cluster, gerade zum Thema Energie.

Auf der Ebene der weichen Instrumente gibt es eine ganze Menge von Strategien, wo auch schon gemeinsam gedacht wird. Die bedeutendste hier ist sicherlich der strategische Gesamtrahmen Hauptstadtregion. Um das ein bisschen einzuordnen: Da sind einerseits schon sehr viele wichtige Klimaschutzthemen enthalten, die beide Regionen betreffen, allerdings hat das häufig so einen Einstiegscharakter. Da steht: Wir müssen darüber nachdenken, wir müssen einen Dialog starten, wir müssen mal eine Strategie aufsetzen. – Da wird begonnen, darüber nachzudenken, und ich denke, das muss und sollte auf jeden Fall intensiviert werden. Die Klimaschutzpolitik im engeren Sinne, wenn es um hard policy geht, ist getrennt. Da macht

jedes Bundesland im Moment seine eigene Suppe, aber – ich habe es erwähnt – zumindest in den Studien, in den Szenarien wird das jeweilige andere Bundesland schon mitgedacht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es sind nicht nur wissenschaftliche Studien, die ich Ihnen mitgebracht habe, sondern es ist teilweise schon Politik, weil in Berlin dieses Szenario, was Sie in der Studie „Berlin Paris-konform machen“ nachlesen können, die Grundlage für das BEK geschaffen hat. In Brandenburg ist es sogar noch härtere Politik geworden. Da ist es im Moment Bestandteil der Sektorziele. Dort gibt es Klimaschutzsektorziele für jeden Sektor, und das basiert auf den Szenarien, die ich gleich vorstelle. Ich habe also für Berlin eine Grafik und für Brandenburg eine Grafik mitgebracht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier für Berlin sehen Sie die Primärenergieentwicklung, einmal den Status quo, das ist der Balken von 2020. Der ist von den Relationen heute noch ähnlich, auf einem etwas niedrigeren Niveau, weil wir die Einsparungen durch die Krisen haben. Das Wichtige ist der Blick auf die Zukunft. Beim Blick auf die Zukunft sehen Sie als Erstes, dass die Zukunft bunt ist, die Zukunft wird weniger Energie verbrauchen, weil wir massiv einsparen werden müssen und auch können, und die Zukunft hat eine ganze Reihe von technologischen Lösungen, die wir aber heute schon kennen. Da sind ganz wenige Luftnummern enthalten. Das ist die erste positive Nachricht. Wir haben viele Technologien, die es schon gibt, und die wir ausbauen müssen. Strom wird der zentrale Energieträger. 50 Prozent werden wir nicht in Berlin herstellen können. Das wissen wir, aber immerhin werden wir hier vor Ort mehr mit heimischer Energie erzeugen können, als das bisher der Fall ist. Was wir wissen, ist, dass wir den Windstrom brauchen. Wir brauchen insbesondere im Winter ganz viel Energie, nicht nur für Wärme, sondern auch für die anderen Prozesse. Das wird durch die Windenergie bereitgestellt. An der Stelle muss uns Berlinerinnen und Berlinern klar sein, dass wir diese Kooperation mit Brandenburg und anderen Regionen brauchen. Wir brauchen auch Modelle und Rahmenbedingungen, damit wir diesen Windstrom effizient und günstig nach Berlin bekommen.

Ich habe Ihnen ein paar Dinge aufgeführt, die können wir in der Diskussion sicherlich vertiefen. Das sollten wir auf dem Schirm haben, dass wir diese Rahmenbedingungen von der Bundesebene brauchen, damit wir in Berlin diesen Windstrom reinbekommen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass dieser Windstrom akzeptiert und akzeptabel in Brandenburg erzeugt werden kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir werden Wasserstoff, das ist ganz klar, und grüne Brennstoffe brauchen. Hier gibt es einerseits die Produktion außerhalb, wir werden Pipelines haben, die uns den Wasserstoff liefern. Der Blick nach Berlin lohnt sich allerdings auch. Wir werden die Abwärme nutzen und sollten die nutzen. Deswegen sollte es durchaus auch eine Erzeugung von Wasserstoff hier in Berlin geben. In Bezug auf weitere Technologien möchte ich mal die Thematik Pyrolyse, Plasmalyse und ähnliche Technologien, die in Zukunft, glaube ich, sehr wichtig werden, ansprechen. Sie sehen, das ist ein sehr großes Segment, was wir an Wasserstoff und grünen Brennstoffen brauchen. Da wird es ganz wichtig, wenn wir solche Technologien wie zum Beispiel Pyrolyse betrachten. Da geht es um Rest- und Abfallstoffe, wo wir die gemeinsamen Ströme, die in Berlin und Brandenburg anfallen, genau analysieren müssen, auch wenn es um

C-Kreisläufe geht. Mit so einer Technologie bekomme ich Wasserstoff, andere Energieträger und den Kohlenstoff raus. Das ist in Zukunft ein sehr wichtiger Wertstoff, den ich mit Brandenburg zusammen erschließen kann. Wir brauchen eine gemeinsame Carbon-Management- und Kreislaufstrategie.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Photovoltaik ist ganz klar eine Berliner Thematik. Die Anlagen werden hier nicht produziert, sondern kommen von außerhalb. Was wir an Problemen adressieren müssen, ist, wenn wir diese Zahlen realisieren wollen, die Sie hier sehen: Wir sagen in unserer Studie, dass wir über 30 Prozent Solarstromanteil erreichen können. Das bedeutet einen so massiven Hochlauf, dass wir hier ein Fachkräfteproblem, aber auch ein Problem mit dem Handling der Anlagen haben. Wir brauchen die Brandenburger Unterstützung beim Installationsgewerbe; Liefer- und Lagerlogistikthemen spielen hier auch eine Rolle.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In Bezug auf die Wärme wird die Umweltwärme die wichtigste Wärmequelle, und die Fernwärme die wichtigste Wärmeinfrastruktur. Hier lohnt es sich, auf den Stadtrand zu schauen. An der Stelle ist sowohl das Einsammeln von Erdwärme wichtig, Geothermie ist schon genannt worden, aber auch Abwärme. An der Stelle ist auch eine gemeinsame Wärmeplanung im Grenzraum sinnvoll. Ich habe als Stichwort die Geoenergie Allianz genannt. Das Gleiche bei Biomasse: Es gibt für die Biomasse eine aktuelle Potenzialstudie in Berlin, aber wir werden das gemeinsam, auch wenn es um das Thema Bioökonomie geht, mit Brandenburg erschließen müssen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Insofern zum Abschluss die zweite Grafik, das ist der Blick nach Brandenburg. Ich habe Ihnen mal die Emissionsgrafik mitgebracht, das ist die Quellenbilanz. Hier wollen wir nicht auf den Status quo – das ist 2030, aber von der Relation ist das so wie heute – schauen. Der Energiesektor ist da der große Emittent, aber die anderen kommen ins Spiel. Wenn ich aus der Kohle ausgestiegen bin, bleiben die Emissionen bei den anderen Sektoren übrig, die ich adressieren muss. Ich habe Ihnen das Zielbild 2045 mit den Restemissionen mitgebracht. Wenn ich mir die anschau, dann stelle ich fest, dass alles das, was da Probleme bereiten wird, in Zukunft in Brandenburg auch mit Berliner Nachfrage zu tun hat. Insofern brauchen wir hier gemeinsame Minderungsstrategien. Für das Thema Landwirtschaft ist das die Nachfrage, was nachgefragt wird. Ein Problempunkt ist hier auf jeden Fall Fleisch, das insbesondere durch die Futtermittel Fläche verbraucht. Mit jedem Prozent, das wir weniger Fleisch nachfragen, haben wir einen Flächengewinn, den wir in ganz vielen Anwendungsbereichen nutzen können. Das Thema der Bauwirtschaft ist wichtig. Andere alternative Baustoffe als Zement und generell CCU und CCS sind eine Thematik.

Damit bin ich auch bei den Negativemissionen. Was wir lernen mussten – das ist mein letzter Punkt –: Wir haben früher immer gesagt, dass Berlin minus 95 Prozent Emissionsreduktion hinbekommen muss und haben uns gedacht, dass wir uns die 5 Prozent irgendwo anders holen, zum Beispiel aus Brandenburg. Was wir jetzt wissen, und das wissen wir nicht erst seit dem Waldschadensbericht, sondern das wussten wir auch schon damals, als wir die Studie

erstellt haben, dass wir in Berlin 100 Prozent runter müssen. Die 5 Prozent wird uns keiner schenken und Brandenburg schon gar nicht. Das wissen wir seit einigen Jahren ziemlich genau. Deswegen brauchen wir eine gemeinsame Strategie für die Erschließung von künstlichen und technischen Senken. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Prof. Dr. Hirschl! – Wir machen direkt mit Herrn Limburg weiter.

Michael Limburg (EIKE): Schönen Dank für die Einladung! – Ich möchte eine kleine Vorbemerkung machen. Ich hatte vor einigen Monaten eine schwere Krankheit. Die habe ich gut überstanden, aber sie hat zur Folge, dass ich gelegentlich undeutlich spreche. Wenn ich nicht ganz richtig verstanden werde, sagen Sie mir bitte Bescheid, dann wiederhole ich das.

Was ich auch noch vorberemerken möchte ist: Wir reden hier über den menschengemachten Klimawandel. Ist das richtig? – Wenn es so ist, habe ich dazu einige Informationen für Sie. Vor einem guten Jahr war ich hier bei Ihnen zu Gast zum Thema Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm und ich fing mit der Feststellung an: Wir haben keinen Klimanotstand, und es gibt auch keinerlei Anzeichen für eine beginnende Klimakatastrophe, weder hier noch sonst wo. – Die meisten von Ihnen glaubten mir nicht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann begann ich meine Thesen zu belegen. Ich hatte Ihnen die Darstellung gezeigt, dass das „Fit for 55“-Programm der EU, nachdem es sein – in meiner Wahrnehmung – Vernichtungsprogramm durchgeführt hat, gerade einmal 0,004 Grad weniger an Erwärmung bis zum Jahr 2100 erreicht hätte. Hier sehen Sie das. Das sind 0,004 Grad. Sie glaubten mir wieder nicht. Ich habe das auch im Detail begründet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann sagte ich Ihnen, dass die Erwärmung der letzten 30 Jahre in unserem Deutschland um 1,2 – vielleicht 1,4 Grad – für Berlin anstieg. Diese Erwärmung passierte tagsüber und überwiegend nur im Sommer, im Winter gar nicht und im Frühjahr und im Herbst kaum und bat Sie, bei den Kollegen vom PIK mal herauszufinden, auf welche Zauberart das CO₂ dieses Kunststück machen könne. Bis heute keine Antwort!

Dann zeigte ich Ihnen in meinem schriftlichen Statement eine Grafik, die den Verlauf der gut untersuchten Temperatur des Großraums Berlin inklusive Potsdam zeigt. Die überstreicht glatte 320 Jahre bis zum Jahr 1701. Zieht man eine Trendgerade, die ist hier rot gezeichnet, dann ergibt die eine Steigung von insgesamt 0,38 Grad, nicht in einem Jahr, nicht in zehn Jahren, nicht in 100 Jahren, sondern 320 Jahre, pro Jahrhundert um satte 0,118 Grad, etwa so viel, wenn Sie morgens frühstücken und mittags rausgehen, haben Sie 3 Grad mehr, also sehr wenig. Das war es! Man kann also feststellen, dass sich die Temperatur in diesem Zeitraum so gut wie nicht geändert hatte. Wieder glaubten Sie mir nicht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann zeigte ich Ihnen eine Grafik, die die CO₂-Emissionen weltweit zeigte, die alle zusammengefasst werden. Hier sind das 2,4 Millionen Tonnen, die aufgrund des Lockdowns weniger geschehen waren. Das war im Jahr 2020. Ein besseres Großexperiment dafür gibt es nicht, die zeigte diesen Einbruch von 2,4 Gigatonnen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist mehr als Deutschland, UK, Italien, Spanien und auch Frankreich in einem Jahr erzeugen. Oder anders: Wenn wir diese Länder wirtschaftlich total zurückfahren, in das Mittelalter zurückwerfen, passiert was mit der Konzentration – denn nur die ist die entscheidende, die das Klima wandeln soll –? – Es passierte gar nichts, überhaupt nichts.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dazu habe ich Ihnen eine Grafik des CO₂-Anstiegs, in dem Fall Mauna Loa, gezeigt. Da oben rechts ist die aktuelle Zeit, und das, was da übrig war, ist diese Grafik. Sie sehen, die Konzentration stieg unbeirrt weiter. Es gab nicht einmal eine kleine Delle. Sie stieg mit 2 ppm pro Jahr. Das bedeutet unter anderem, dass all unsere Bemühungen, den CO₂-Ausstoß zu senken, keinerlei Auswirkung auf die Konzentration haben. Bitte merken Sie sich das: Keine! Das bedeutet auch, dass die globale menschliche CO₂-Emission bezogen auf das natürliche im Rauschen der Ungewissheit verschwindet, was wiederum bedeutet, dass einige Gesetze, Vorschriften et cetera gegen die vom Grundgesetz geforderte Verhältnismäßigkeit verstoßen. Sie sind damit obsolet. Wieder glaubten Sie mir nicht. – Es gibt ein weiteres Großexperiment; das war die Sprengung der Erdgaspipelines in der Ostsee, mit Methan, der immer noch ungeklärte Anschlag, gerne können Sie mich danach später fragen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn ich hier weitergehe, haben wir in Deutschland einen gewaltigen wirtschaftlichen Abschwung vor uns. Vor einem Jahr war das deutlich sichtbar, heute sind wir mitten drin. Nichts, was ich Ihnen Ende August 2023 sagte, durch Quellen anschaulich belegt, wurde gelesen, von Ihnen verinnerlicht und entsprechende Maßnahmen zur Änderung der Politik auch nur im Ansatz vollzogen. Die Vernichtungspolitik, nach meiner Meinung, vor allem in der Wirtschaft, wird fortgesetzt. Deutschland steigt in rasendem Tempo ab. Hier ist ein Abstieg Deutschlands im globalen Wettbewerbsranking: 2014 waren wir auf Nummer 6, jetzt sind wir auf Nummer 24. – [Zuruf von Katalin Gennburg (LINKE)] – Ich habe Sie nicht verstanden!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Das ist auch gar nicht vorgesehen, dass Sie die Kollegin jetzt schon verstehen, denn die hat die Gelegenheit, sich auf die Redeliste setzen zu lassen. Da ist sie bisher nicht. Deswegen können wir das gerne ändern, und Sie haben das Wort.

Michael Limburg (EIKE): Danke! – Von Platz 6 in nur zehn Jahren auf Platz 24 – da ist es jetzt geboten, dasselbe zu wiederholen, obwohl es nur noch einen historischen Charakter hat. Der Niedergang Deutschlands, vor allem in der Wirtschaft, aber auch in vielen anderen Bereichen, der Verfall der Infrastruktur, der Verfall der Bildung, der Gesundheitsversorgung bis hin zur Migration der extrem verunsicherten Bevölkerung ist vermutlich kaum noch aufzuhalten. Man kann ihn bestenfalls noch bremsen, und seine Entwicklung aufhalten geschieht daher

nicht mehr. Daher, meine Damen und Herren, richte ich an Sie die Forderung – oder ich flehe Sie an –: Halten Sie mit diesem Klimaschutz, mit diesen Energiegeschichten ein, halten Sie inne! Lassen Sie diesen aus der Klimaideologie folgenden Verfall unseres Landes nicht länger zu, wenn schon nicht für Sie, doch für Ihre Kinder und Kindeskinde. Die werden es, befreit von der Klimaideologie, trotzdem noch ein schwer genug haben, ein Leben zu führen, das selbstbestimmt, anständig auf dem dann noch übrig gebliebenen Wohlstand ruht. – Ich danke Ihnen!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Es gibt ein paar Zwischenrufe, aber am liebsten mögen wir Meldungen für die Rednerliste. Wir machen sehr gerne direkt mit Prof. Dr. Reusswig weiter.

Dr. Fritz Reusswig (PIK): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite danke für die Einladung! – Herr Limburg, ich hätte gedacht, dass wir uns über die Frage streiten, woher denn das mit dem ganzen Klimawandel kommt, jetzt sehe ich, dass Sie sagen: Da passiert ja gar nichts! – [Zuruf Michael Limburg (EIKE): Doch, Sonnenschein!] – Sonnenschein! Ich dachte, wir reden über Sonnenflecken oder so etwas Ähnliches. – [Zuruf Michael Limburg (EIKE)] – Okay, darüber können wir später diskutieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Mein Thema ist die Änderung und was das für die Anpassung in Berlin bedeutet. Wir haben uns damit schon vor einiger Zeit befasst. Der Kollege Hattermann hat ein paar Szenarien aufgezeigt. Ich glaube, Sie haben es vorhin angesprochen, Herr Taschner: Wir leben in einer Zeit, in der sich die Krisen und Kriege so häufen, dass wir manchmal das Gefühl haben: Ich habe keine Zeit mehr für den ganzen Klimawandel. – Wenn so viele Menschen sterben und ein Krieg in Europa droht, kann man es psychologisch total verstehen, dass die Leute dieses Thema nach hinten fahren. Das finde ich psychologisch total verständlich. Der Punkt ist nur, dass die reale Entwicklung nicht so viel Rücksicht auf unsere Aufnahmekapazität nimmt, sondern einfach weitergeht. Wenn Sie in der letzten Zeit die Medien verfolgt haben – einfach nur die Medien, Sie müssen keine Studien lesen –, kommen Sachen vor wie Trockenheit im Amazonasgebiet, da brennt es, Dürre im Regenwald – ich bitte Sie, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen –, wir haben Waldbrände überall, das Mittelmeer ist so warm wie noch nie. Wir bekommen auch Wettereffekte für Europa. Ein komischer Hurrikane kommt plötzlich nach Deutschland, es gibt Überschwemmungen hier und da. Das häuft sich, und da können Sie auch die Versicherungswirtschaft oder auch einfach nur Hausbesitzer weltweit fragen. Das alles passiert mit einer Erwärmung – Sie haben es gesagt – von ungefähr einem Grad. Das hat für diese globalen Effekte ausgereicht. – [Zuruf Michael Limburg (EIKE)] – Bei uns hier, aber woanders ist es anders. – Ich lese heute im Tagesspiegel, dass mittlerweile die Antarktis ergrünt. Da kommen langsam Moose, es wird schön warm da. Vielleicht ein neues Urlaubsziel. Ich sehe ich schon, manche Kollegen wollen dahin.

Es verschiebt sich eine ganze Menge, und ich möchte Sie bitten, das alles als Teil eines Puzzles zu sehen, das zusammenhängt. Da ist nicht einfach nur entfernt etwas zukünftig da, sondern es ist tatsächlich so, dass das bei einem Grad passiert, und wir haben noch mehr in der Pipeline. Wir haben noch 2 bis zu 4 Grad – das hängt von uns ab – in der Pipeline. Da ist noch sehr viel auch an Tippings Points möglich.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Für Berlin können wir eine Erwärmung feststellen – Sie kennen die Warming Stripes, das oben rechts hat die SenUVK 2021 gemacht. Das war eine Untersuchung zu den Niedrigwasserjahren. Sie sehen die Jahre 2018, 2019, 2020 – alle zu warme und zu trockene Jahre. Sie sehen schon die Effekte im Berliner Forst, überall in Deutschland. Wir haben damals im AFOK 2016 gesagt, Berlin wird sich – wenn es so weitergeht – nach Toulouse verschieben. Wenn Sie neuere Studien schauen, könnte es von der klimatischen Situation her auch Barcelona werden. Ich höre schon: Dann müssen wir nicht mehr Barcelona fliegen –, aber bedenken Sie bitte: Wir haben uns hier nun einmal auf unsere Situation eingestellt. Ich denke jetzt nicht nur an die älteren Menschen unter uns, und gerade die sind gefährdet, insbesondere durch Hitzeereignisse.

Wir haben in Berlin je nach Berechnungsmethode heute schon – das Amt für Statistik berechnete das anders, eine Ex-Kollegin aus dem PIK – im Jahr 2021 400 Hitzetote in Berlin. Im gleichen Jahr auf den Berliner Verkehrsstraßen 40 Verkehrstote. Immer, wenn im Bezirk so etwas passiert, diskutieren die über eine Tempo-30-Zone, aber die 400 Hitzetoten aus Berlin sind kein Politikum. Das sind hauptsächlich ältere Menschen, die wählen viele im Raum anwesende Parteien, auch die Ihre, und die sind tatsächlich in Zukunft durch den demografischen Wandel noch viel stärker gefährdet. Wir müssen da unbedingt etwas tun. Ich habe natürlich auch andere Projektionen als Sie, Herr Limburg. Da sehen wir, dass die Hitzetage und Tropennächte deutlich zunehmen werden. Wir sind in diesem schwarzen Kreis. Es hat sich schon etwas getan, aber je nach Szenario und je nach Ort – in den Nächten kann es in Dahlem viel besser aussehen, schauen Sie auch in den Umweltgerechtigkeitsatlas Berlin – bekommen wir, was die Tage angeht, deutlich mehr heiße Tage über 30 Grad, von jetzt ungefähr 8 auf 30 bis 40 Tage, wenn es ganz schlimm kommt. Es können auch 20 Tage sein, wenn wir es besser schaffen, aber das ist ein massiver Anstieg. Der ist für die Berliner Wirtschaft eine Gefahr. Es ist nicht nur für die Menschen eine Gefahr. Der Einzelhandelsverband Hamburg kann Ihnen sagen, wann ein heißer Tag in Hamburg ist, weil die Umsatzeinbrüche im Einzelhandel, in den Fußgängerzonen messbar sind, und die Arbeitsproduktivität lässt auch nach. Es ist ein Wirtschaftsthema, es ist nicht nur ein Nice-to-have-Thema für ältere Menschen. Das wäre schon wichtig genug.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Fünf Minuten sind um. Was müssen wir machen? – Der Klimawandel ist real, er wird noch schlimmer, und wenn wir nichts oder zu wenig tun, wird er der Stadt, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern in Berlin teuer zu stehen kommen. Was müssen wir machen? – Wir müssen die klimaresiliente Schwammstadt bauen, und Sie haben schon ein Beispiel gebracht. Die Berliner Wasserbetriebe, die Regenwasseragentur, wir haben eine Menge, wir haben das AFOK, wir haben den Stadtentwicklungsplan Klima 2.0, wir haben den Masterplan Wasser Berlin, wir haben auch ein Aktionsbündnis Hitzeschutz und so weiter. Es ist aber so, dass das Konzepte sind. Es ist ein bisschen die Frage, wie die umgesetzt werden. Es gibt noch eine ganze Menge in diesen Konzepten, die noch Ihrer, des Abgeordnetenhauses, Arbeit bedürfen. Ich erinnere nur daran: Ein ganz wichtiger Punkt im Masterplan Wasser Berlin ist die Frage des Nachfragemanagements des Wassers in Berlin. Das ist ein superdickes Brett, und es wird dort einzelne weitere Verordnungen und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses brauchen, um

das auf den Weg zu bringen. Verlassen Sie sich bitte nicht darauf, dass Sie diese Konzepte in der Schublade haben. Da muss wirklich nachgehalten werden.

Wir brauchen einen wirklichen Hitzeaktionsplan für diese Stadt. Es reicht nicht, nur dieses Hitzebündnis zu haben. Wir haben vorhin etwas über Fußgängerzonen und so gehört. Das wird wichtig werden. Ob Sie es bezahlen können oder nicht; es wird wichtig werden. Wir müssen beim Wohnungsbau nicht nur über Neubau nachdenken, sondern auch über die Quartiersentwicklung. Herr Gaebler hat das neulich beim Kleingartentag gesagt: Wir bauen nicht nur Wohnungen, wir bauen Quartiere, und da gehört Grün dazu. – Das ist schön zu hören, aber ich hatte neulich eine chinesische Delegation am PIK, die vorher in Berlin waren. Ich habe denen den StEP Klima 2.0 gezeigt, die Illustrationen dort über die grünen Dächer und Fassaden, was in Berlin alles passieren soll. Die haben zu mir gesagt: Wir sind mit dem Bus durch Berlin gefahren, wir haben von dem ganzen Kram überhaupt nichts gesehen. – Waren Sie einmal zum Beispiel in Shanghai? Waren Sie mal in Singapur? Das ist eine Stadt, die es schafft, tatsächlich zu bauen und ihr Grünvolumen zu erhöhen – das Grünvolumen in Berlin ist um 5,6 Prozent gesunken, auch durch die Waldschäden.

Letzter Satz: Wir machen in Brandenburg – das betrifft das ... [unverständlich], das ist eine Überleitung zu meinem Kollegen hier – zum Beispiel eine Roadshow über Klimawandel und Energiewende, und zwar in den kleinen Städten. Wir laden breit ein, da ist der Bürgermeister, da ist der Forstwirt, da ist der Landwirt, da ist die Feuerwehr, die Stadtwerke und der Naturschutz. Die sind alle da; die Bürgermeister laden ein. Es kommen manchmal auch viele Leute, manchmal sind es nur 20, manchmal 120, und die kommen aus aller Herren Länder, und ich bin sehr froh, dass wir auch ganz viele Leute der AfD da haben. Die kommen auch. Wählerinnen und Wählern der AfD diskutieren mit, und da diskutiere ich nicht die Frage IPCC-Gutachten und den ganzen Kram, sondern ich lasse den örtlichen Forstwirt über die letzten drei Jahre erzählen oder die Feuerwehr, was sie jetzt anschaffen muss, oder die Stadtwerke, womit sie konfrontiert ist. Dann haben wir eine andere Diskussion. Dann haben wir eine Diskussion über Realitäten in unserem Land.

Eine Information möchte ich als Soziologe noch geben, tut mir leid: Wir haben letztes Jahr die Mitte-Studie gemacht – Sie werden jetzt sagen: Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung! Egal! –, wir haben trotzdem versucht, die Zahlen nicht zu fälschen, und wir haben dort die Klimateinstellungen der Wählerinnen und Wähler der im Bundestag vertretenen Parteien untersucht. Klimaprogressiv, klimaregressiv, ambivalent und indifferent waren die Kategorien; kann ich jetzt nicht erklären. Es wird Sie nicht überraschen, nur einmal so: 87 Prozent der Grünenwählerinnen und -wähler sind klimaprogressiv. Für dieses Ergebnis hätte ich keinen Euro ausgegeben, das weiß man vorher. Liebe Grüne, das wisst ihr vorher! Interessantes Ergebnis aber: Nur – sage ich einmal – 44 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler sind klimaregressiv, 56 Prozent sind etwas anderes, davon sind viele ambivalent, manche interessiert es gar nicht – das kommt auch vor, die interessiert Migration, nicht das Klima –, aber es gibt 16 Prozent Klimaprogressive in der AfD-Wählerschaft. Jetzt bekommen Sie mehr Stimmen von anderen Parteien, die haben vielleicht gestern noch Grüne oder SPD gewählt, und jetzt bringen die vielleicht ihre Klimapolitikeinstellungen mit. Da sehe ich ein gewisses Spielpotenzial. Ich höre jetzt auf. Ich habe einfach mal versucht, ein bisschen politisch zu diskutieren. Meine Zeit ist lange um. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Dr. Reusswig! – Wir machen weiter. Den Abschluss bildet Prof. Dr. Rammler.

Dr. Stephan Rammler (freier Wissenschaftler und Autor): Ich mache es kürzer, weil auch auf die Vorarbeit meiner Vorrednerinnen und -redner aufbauen. Was soll ich nach der Brandrede eigentlich noch sagen – habe ich mir gerade überlegt –? Ich schließe im Grunde mit einer Studie an – deswegen bin ich eingeladen, die vorzustellen –, die auf dem, was gerade gesagt wurde, aufbaut. Die schließt im Grunde an die Frage an, die auch die Staatssekretärin formuliert hat. Es geht eigentlich darum, ins Handeln zu kommen, und was wir tun können. Die Daten und Fakten sind gerade dargelegt worden. Es geht nicht mehr nur um Klimamitigation, um Klimaneutralität der urbanen Emissionen, sondern es geht vor allen Dingen auch um Klimaanpassung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir müssen begreifen, dass Klimawandel, Erderwärmung in einer Dynamik in der Region Berlin-Brandenburg stattfindet, dass wir neben dem großen Ziel der Klimaneutralität ein weiteres großes, vielleicht viel wichtigeres Ziel in den nächsten Jahren und möglicherweise auch Jahrhunderten haben werden. Klimaanpassung ist meines Erachtens eine Aufgabe der nächsten nicht nur Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte. Es ist eine nicht zu unterschätzende Botschaft. Das ist die Botschaft dieser Studie, die ich mitgebracht habe: „Klimabauhaus Berlin. Die adaptive Stadt. Berlin als Reallabor der Erderwärmung“, die versucht, mit einer anderen Art, nicht dystopisch und negativ zu kommunizieren, sondern positiv. Das ist ein Best-Case-Szenario, das auf die wissenschaftlichen Daten und Fakten des PIK, unter anderem von meinem Kollegen Fritz Reusswig, und auf die – wie ich finde – nach wie vor sehr gute AFOK-Studie von 2015 und 2016 zurückgreift, wo man sagen muss: Da stand alles drin, was gewünscht werden musste, um endlich ins Handeln zu kommen. Bis heute ist sehr wenig von dem passiert, und die Erderwärmung findet weiter statt.

Dieses Szenario, nur ein kleines, versucht, die komplexe Gemengelage der unterschiedlichen Dinge, die zu tun sind, die eintreten werden, miteinander zu kombinieren und zu denken und im Grunde eine Geschichte zu erzählen, mit der wir anders als bislang mit der Öffentlichkeit kommunizieren können. Das ist die Aufgabe Klimabauhaus.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es ist die Frage: Warum eigentlich Bauhaus? – Ich komme zu der Formulierung, die letztlich durch den Kollegen Schellnhuber vom PIK und die Europäische Bauhaus-Initiative der Kommissionspräsidentin von der Leyen in den vergangenen Jahren inspiriert ist. Das ist ein Begriff, den ich als leitbildhafter Begriff für die fraktionsübergreifende, genreübergreifende, bereichsübergreifende Kooperation der ganzen Akteure, ob es nun die Industrie, die Wissenschaft, die Politik in Berlin ist, sehr tragfähig finde. Klimabauhaus ist ein Begriff, der als gemeinsamer Nenner funktionieren kann. Das alte historische Bauhaus war im Grunde der Versuch der Wissenschaften, der Technologie, der Naturwissenschaften, der Ästhetik, der Gestaltung auf die Herausforderungen der urbanen Entwicklungen in der industriellen Moderne zu reagieren. Jetzt kommen wir in die Klimamoderne und haben andere Anforderungen, Herausforderungen, und das ist die These: Wir müssen im Grunde alle gesellschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen Innovationsprozesse der urbanen Gebietskulissen in Europa, aber

vor allem in Berlin, neu ausrichten. Der Kollege von den Grünen sagte, dass Berlin eine Stadt mit Symbolcharakter ist. Wenn Berlin als Fallbeispiel vorangehen könnte, könnte das ein positives Leitbild nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt sein. Das ist natürlich ein bisschen sehr visionär, aber das ist die These: Die planetare ökologische Krise sollte in den Mittelpunkt aller Stadtentwicklung in Berlin gestellt werden. Das ist im Besonderen die Erderwärmungsanpassung, und deswegen dieses Szenario. – Danke für die Aufmerksamkeit! Ich bin, glaube ich, schneller fertig, als ich sein musste.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! Damit waren Sie der Einzige, aber das ist trotzdem absolut in Ordnung. Bei so einem einleitenden Momentum ist es auch wichtig, dass man die Chance hat, auszuführen und zu erklären. – Wir werden jetzt mit Blick auf die Uhr ein bisschen Rücksicht nehmen müssen. Wir haben aktuell fünf, sechs Abgeordnete, die schon auf der Liste sind. Ich trage kurz vor: Frau Schneider, Herr Dr. Taschner – beide von der Grünenfraktion –, Herr Koçak, Frau Vierecke, Herr Hansel, Herr Schenk. Wenn es weitere Meldungen gibt, bitte Bescheid geben. Die Kolleginnen und Kollegen sind alle lang genug dabei, kennen sich gut aus, so 100 Fragen wären in der Beantwortung jetzt ungünstig, aber vielleicht bekommen wir es gut hin, dass neben den Statements zwei, drei, vier knackige Fragen dabei sind, und dann die Möglichkeit für Sie zur Beantwortung da ist. Ich würde schon bitten, dass wir ein bisschen auf die Uhr achten. Ich habe bei jedem notiert, was er bisher so verbraucht hat und würde bitten, dass das bei der Beantwortung ein bisschen berücksichtigt wird. Möchte der Senat gerne schon jetzt an dieser Stelle etwas sagen? – Nein! Dann beginnen wir mit der Diskussion der Abgeordneten. Den Auftakt macht Frau Schneider der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Julia Schneider (GRÜNE): Großartig, vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich starte mit wenigen Fragen, wie Sie gerade beauftragt haben. Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Wir haben jetzt gelernt und haben es vorher schon gewusst, dass die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg in diesem Themenkomplex sehr wichtig ist. Es funktioniert nur gemeinsam. Wir hängen eng zusammen. Deswegen gehen meine Fragen eher in Richtung Senat.

Es gab diese Berlin-Brandenburg-Konferenz. Wissen Sie wie der Stand ist und wie es weitergeht? Ich weiß auch, dass es zum Thema Wasser/Wasserstrategie zwischen Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Strategie geben sollte. Wie geht es für Sie mit den gemeinsamen Abstimmungen weiter? Gibt es weitere Gespräche? Sie hatten vorhin in den einleitenden Bemerkungen gesagt, dass wir viel mehr Grün in Berlin brauchen und auch, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig sei. Beides findet sich auch im Baumentscheid wieder. Deswegen meine Frage: Wie stehen Sie als Senat zum Baumentscheid?

Da würde ich auch kurz in Richtung von Herrn Dr. Reusswig gehen: Sie hatten auch über dieses Thema Klimaanpassung gesprochen. Sie sagten: 400 Hitzetote und keine konkrete politische Maßnahme. Ich sage mal, dieses Klimaanpassungsgesetz, was der Baumentscheid vorschlägt, würde in die Richtung Maßnahme gehen. Deswegen vermute ich, dass Sie das inhaltlich gut finden. Vielleicht könnten Sie dazu ein paar Sätze verlieren. Das fände ich wunderbar.

Noch einmal in Richtung Senat – ich weiß, wir sprechen immer wieder über Entsiegelung und dann kommt immer wieder ein Entsiegelungsprojekt als Beispiel –: Wie kommen wir in eine umfassende, größere Strategie als einzelne Projekte? Wir sprachen es auch vorhin in der Fragestunde an. Wenn ein Bezirk nicht auskömmlich finanziert ist, um Dinge umzusetzen – wie unterstützt da der Senat, oder was ist der Plan des Senats? Es kann nicht die Lösung sein, immer vorzuschieben oder immer zu sagen, die Bezirke können es nicht umsetzen, deswegen passiert nichts – so herum funktioniert es immer gut, wenn man die Aufgabe dann nicht selbst hat – und dann nicht zu schauen, wie wir diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen können. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Schneider! – Wir sammeln die Fragen. Ich sage es nur noch einmal für das Publikum und unsere Gäste. Sie haben nachher die Möglichkeit zu antworten. Wir können dann einzeln abstimmen, wer zuerst antwortet. – Herr Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank auch von mir an die echten Experten für Ihre interessanten Inputs! Besonders freut mich, dass wir heute mit Herrn Hirschl und Herrn Reusswig die Urväter dieser Studie Klimaneutrales Berlin 2050 am Tisch sitzen haben. Das ist, glaube ich, zehn Jahre her. Ich habe es jetzt auch noch einmal nachgeschaut: 2014 ist die, glaube ich, beauftragt oder begonnen worden und hat damals auch schon die Grundlage des BEK gebildet. Auch damals schon hat sich die CDU in der Koalition mit der SPD nicht dazu durchringen können, das zu verabschieden. Es mussten dann wir unter Rot-Rot-Grün 2016 nachholen. Können wir aus meiner Sicht 2026 gerne wieder so handhaben!

Ich komme jetzt aber zu den Fragen. Herr Hattermann, an Sie habe ich drei Fragen. Sie haben am Anfang diese Regenkarte gezeigt. Das waren Regensummen, soweit ich das gesehen habe. Für die Grundwasserneubildung ist aber auch spannend, nicht wie viel Regen fällt, sondern

wann er fällt. Ein Starkregenereignis – zack, das Wasser ist weg – hilft uns letztendlich nicht weiter. Vielleicht können Sie sagen, wie sich das möglicherweise zu mehr Starkregen verschoben hat. Daran anschließend: Welche Maßnahmen bräuchten wir denn außer Schwammstadt, wie schon genannt, um letztendlich auch mit geringeren Niederschlägen dieses Grundwasser zu sichern oder sozusagen aus dem negativen Trend rauszukommen? Dann noch eine Frage zu den Braunkohleseen: Sie hatten die zweimal kurz erwähnt. Ich frage mich, ob wir es uns eigentlich leisten können oder ob die Wassermenge eigentlich da ist, dass wir die ganzen Braunkohletagebaue wirklich so fluten können, wie es eigentlich vorgesehen ist, oder ob wir davon Abstand nehmen müssen. Welche Implikationen hätte das?

Ich gehe in der Reihenfolge weiter. Herr Hirschl: Ihre Grafik zeigt immer eine Energieeinsparung. Sie haben auch gesagt, wir müssen das machen, und die wird auch irgendwie kommen. Jetzt haben wir im Zuge des Krieges gegen die Ukraine gesehen, was auch möglich ist. Gerade habe ich das Gefühl, wir haben wieder einen rückläufigen Trend. Wie sehen Sie das? Es ist immer so optimistisch. Wir wissen eigentlich da auch, was zu tun ist. Wie können wir dieses Energieeinsparen noch viel stärker befördern? Was muss dazu wirklich passieren? Auf der einen Folie stand – darauf konnten Sie nicht näher eingehen, was ich aber spannend fand – das Energy Sharing. Da stand, dass 90 Prozent der Haushalte in Berlin mit Energy Sharing versorgt werden könnten. Vielleicht hätten Sie kurz Zeit, uns das zu erklären. Das hört sich natürlich extrem spannend an

Zur Wasserstoffherstellung und der Abwärme: Klar, ich hätte die auch gerne in Berlin, jetzt weiß ich aber durchaus auch aus Brandenburger Kommunen, dass die die und die Abwärme eigentlich auch gerne hätten. Gibt es eine Konkurrenzsituation, oder ist genügend da, dass man sagen kann: Ja, es reicht für Brandenburg auch noch, und es fällt trotzdem was für Berlin ab –?

Zum Thema Wärme: Sie sprachen auch von dieser Vernetzung mit Brandenburg, die ich in meinem Eingangsstatement schon irgendwie hatte. Da höre ich von Fernwärmenetzbetreibern auch immer in der Richtung: Ich kann das gar nicht so weit transportieren. – München schafft das – okay, wir wissen, dass das eine andere Tiefengeothermie ist – teilweise über 20 km. Wie sehen Sie das?

Letzte Frage zum Thema CO₂-Senke: Sie haben letztendlich mehr oder weniger die Wälder, die Natur in Brandenburg genannt. Da gibt es – das haben wir, glaube ich, in einer anderen Anhörung in diesem Ausschuss zum Thema Biomasse schon gemerkt – massiven Druck. Die BEW will innerhalb eines Kreises von 250 Kilometer um Berlin Biomasse aus den Wäldern rausholen, angeblich alles nachhaltig und supertoll. Ist es letztendlich nicht ein Widerspruch? Müsste man in der Biomasseverbrennung in dem großem Maßstab, wie es die BEW plant, letztendlich eigentlich nicht umdenken?

Herr Reusswig! Sie sind Soziologe, das macht Sie immer so spannend in diesem Feld. Wie schaffen wir es, diese ganzen Sachen – Sie haben von Hitzetoten gesprochen, die Sachen, die wir machen müssen, der Aktionsplan Schwammstadt – wieder stärker in die Köpfe der Leute zu bekommen? Wie stehen Sie eigentlich zu so Gesetzen wie dem Schneller-Bauen-Gesetz, das eigentlich so mehr oder weniger diese ganze „Ökosache“ außen vor lässt, oder auch, was der Senat sehr gerne macht, grüne Innenhöfe zuzubauen? Das würde mich auch bei Ihnen interessieren, Herr Rammler. Da haben wir immer sehr viele Beispiele, wo ich eigentlich den-

ke: Nein, wir brauchen eigentlich diese grünen Innenhöfe als Kühlungsort, als Luftzirkulation. – Ist es letztendlich nicht der Weg, anstatt einfach noch was reinzustellen, bestehende Gebäude aufzubauen?

Deswegen insbesondere an Sie, Herr Rammler, die Frage: Wir haben das Schneller-Bauen-Gesetz heute auf der Tagesordnung, die Bauordnung wurde verändert. Da wird uns immer wieder erzählt – Wir kennen das aus der Megaanhörung letzten Montag, Frau Gennburg, Sie hatten es damals gesagt: Die Ökologie ist nur zu 6 Prozent dafür verantwortlich, dass es beim Bauen nicht schnell genug vorangeht. Müssten wir eigentlich da nicht umdenken? Müssten wir eigentlich in die Bauordnung nicht wieder diese ganzen grünen Sachen in Richtung Gründächer, Fassadenbegrünung, diese Richtung, reinnehmen? Energieeffizienz ist auch so eine Sache, wo ich das Gefühl habe: Was nützt mir denn jetzt ein Neubau, der nicht jetzt schon Paris-konform ist, weil ich die sowieso wieder anpacken muss? – Muss da nicht radikal umgedacht werden?

Zum Schluss noch ein paar Frage an den Senat: Frau Staatssekretärin, Sie haben gesagt, dass wir keine neuen Erkenntnisse brauchen, sondern es kommt auf das Handeln an. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Handeln ist wichtig. Wie schaut es denn mit dem Klimaschutzsondervermögen aus? Sind wir vielleicht schon ein bisschen einen Schritt weitergekommen? Können wir bald mit Positivmeldungen kommen? Was passiert da?

Zum Haushalt: Es gab im Haushalt 2024 überproportional große Streichungen auch im Bereich Klimaschutz, da meine ich jetzt nicht mal den Verkehr, sondern wirklich auch das BEK. Was erwartet uns 2025 da? Auch da nehme ich den Verkehr aus; das ist eine Katastrophe, was da im ÖPNV gestrichen werden soll. Erwarten wir da auch ähnliche Streichungen?

Zwei Sachen: Ich glaube, Herr Hirschl hat gesagt, dass wir diese Zusammenarbeit mit Brandenburg stärker nach vorne bringen müssen. So eine Berlin-Brandenburg-Konferenz, wo wir uns alle mal zwei Stunden zusammensetzen und uns unsere Statements vorlesen, reicht uns nicht. Wie kommen wir wirklich zu echten Sachen in der Richtung wie Staatsverträge, dass da auch wirklich etwas miteinander passiert?

Die Wärmeplanung mit Brandenburg wurde von irgendjemanden angesprochen – Jetzt weiß ich nicht mehr, Herr Hirschl, Herr Reusswig, Herr Rammler, einer von Ihnen war es –, dass wir eigentlich mit den Brandenburger Nachbarkommunen solche Sachen betrachten müssten. Wie weit wird das denn in der Wärmeplanung schon berücksichtigt? Gibt es schon Ideen, wie man auf diese Kommunen zugehen kann und sagt: Hey, wir haben da zwar eine Landesgrenze dazwischen, aber man müsste doch etwas gemeinsam machen. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Wir machen weiter mit dem Abgeordneten Koçak von den Linken.

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke an unsere die menschengemachte Klimakrise nichtleugnenden Gäste für Ihre Ausführungen! Wir alle bekommen aktuell mit, was in den USA vor sich geht. Nein, ich meine nicht die Position der Klimaleugner von rechts außen, die wir auch hier im Saal haben, sondern die Folgen der Klimakrise mit einem der heftigsten Hurrikans seit Wetteraufzeichnungen, mit Vertreibung von Millionen Menschen sowie tödlichen Folgen. Über zwei Millionen Menschen sind aktuell ohne Strom-

versorgung, und weitere Folgen werden wir im Laufe des Tages mitbekommen. Das Klima ändert sich. Das merken wir zunehmend auch in unserer Stadt. Neben konsequentem Klimaschutz brauchen wir deshalb auch Maßnahmen, um unsere Lebenswelt an die neuen Bedingungen anzupassen und Berlin erträglich zu halten.

Während die Deutsche Umwelthilfe im Mai dieses Jahres vor Gericht von der Bundesregierung ein konsequentes Klimaschutzprogramm fordert, das die Ziele des Pariser Abkommens erfüllt, verschleppt die schwarz-rote Koalition in Berlin systematisch das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm. Die rot-grün-rote Koalition hat bereits vor fast zwei Jahren ein solides Programm vorgelegt, das längst im Abgeordnetenhaus beschlossen sein sollte. Die anhaltende Verzögerung und die Weigerung der CDU- und der SPD-Fraktion, das BEK in den Ausschüssen zur Beratung aufzurufen, zeigt, wie gering der Stellenwert des Klimaschutzes in dieser Koalition ist. Statt Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu ergreifen, lenkt der Berliner Senat mit kostspieligen und langfristigen Projekten wie Magnetschwebbahnen von seiner klimapolitischen Untätigkeit ab. Ich fordere daher den Senat auf, den Klimaschutz in Berlin nicht weiter zu blockieren und die Stadt endlich auf den 1,5-Grad-Kurs zu bringen. Deshalb fordere ich den Senat und die Koalition erneut auf: Nehmen Sie das BEK ernst und setzen Sie es auf die Tagesordnung!

Die Berlinerinnen und Berliner wollen eine Politik, die sie vor Hitze und anderen Extremwetterereignissen schützt. Wir haben es gehört – die Klimaleugner hier im Saal können es nicht oft genug hören –: Die Sommer werden heißer, das Wetter extremer. Die Stadt, unsere Kieze, Wohnungen und Arbeitsplätze heizen sich auf. Starkregen überschwemmt Keller und Straßen. Es fehlen vielerorts genügend schattige und kühle Orte wie Bäume und Parks, um Zuflucht finden zu können. Es gibt nicht genug Versickerungsflächen für Starkregenergüsse, wodurch die Kanalisation überläuft. Die Schäden treiben nicht nur Steuern und Versicherungsbeiträge hoch, sondern sie treffen ältere Menschen und kleine Kinder besonders stark. Menschen sterben aufgrund der Klimakrise auch hier in Berlin.

Der Umweltgerechtigkeitsatlas zeigt: In vielen Berliner Vierteln steigen die Temperaturen im Sommer gefährlich an. Dies betrifft aber vor allem Berliner Stadtteile wie meinen Stadtteil Neukölln, in denen Menschen mit geringerem Einkommen leben. Sie können sich in geringem Maße vor den Folgen von Extremwetter schützen. Was macht Berlin? – Heute werden mehr als doppelt so viele Bäume gefällt als nachgepflanzt. Fast 60 Prozent unserer Straßebäume sind krank. Dadurch schrumpft die Anzahl unserer Bäume, und Bäume sind zentral für die Klimafolgenanpassung. Deshalb müssen wir sie schützen und mehr davon pflanzen. Da, wo die Politik nicht handelt, gibt es zum Glück Berliner Aktivistinnen und Aktivistinnen und eine breite Stadtgesellschaft, die sich für ein lebenswertes Berlin einsetzen.

Es gibt aktuell auch eine Initiative, die Kollegin hat es schon gesagt: Der Baumentscheid will sicherstellen, dass der Berliner Senat die Berlinerinnen und Berliner schützt. Sie wollen ein wetterfestes Berlin. Was dazu nötig ist, haben sie in ein neues Gesetz gepackt, das Berliner Klimaanpassungsgesetz. Als sogenanntes Politikplanungs- und Transformationsgesetz sorgt es verbindlich dafür, dass Berlin bis zum Jahr 2040 hitzesicher und wetterfest wird. Meine Kollegin Frau Gennburg und ich unterstützen diesen Baumentscheid als Volksbegehren und dann auch als Volksentscheid, wenn es soweit kommt. Ich weiß, dass die Koalition der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion so ihre Probleme mit Volksentscheiden hat. „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, dem 59 Prozent der Berlinerinnen und Berliner zugestimmt haben, wird von

Ihnen verschleppt, den Klimavolksentscheid haben Sie durch bürokratische Spielchen so erschwert, dass er am Ende scheiterte, dann haben Sie noch politisch den Move eines Klimasondervermögens dazwischen gepackt, um so zu tun, als würden Sie sich gegen die Klimakrise einsetzen. Seit Jahren wollen Sie den hart erkämpften Volksentscheid „100 Prozent Tempelhofer Feld“ kippen und den Rand bebauen. So viel zu Ihrem Demokratieverständnis, wenn Sie sogar das basisdemokratische Mittel Volksentscheid nicht respektieren.

Daher meine Frage an die Gäste, insbesondere an das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: Wie schätzen Sie die Bedeutung des Tempelhofer Feldes für die Klimaanpassung unserer Stadt ein? Eine weitere Frage: Wie gut ist Berlin Ihrer Meinung nach auf Starkregen vorbereitet? An den Senat: Wie geht es mit der Entsiegelung in Berlin weiter? Wie schätzen Sie, die Gäste, die Situation der Versiegelung/Entsiegelung in Berlin ein? Noch einmal zum Senat zurück, das Haushaltschaos der Koalition und die Kürzungen: Wie schätzen Sie die Kürzungen bei der Klimafolgenanpassung ein? Bei den Trinkwasserbrunnen gab es in diesem Jahr Kürzungen, und es wurde nicht weitergebaut. Mich würde noch interessieren, wie der Stand des Hitzeaktionsplans ist. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Kollege! – Wir machen mit Linda Viereck, SPD-Fraktion, weiter.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank für die Ausführungen! – Immer, wenn man sich diese Szenarien und auch diese ganzen Daten und Fakten und die Dramatik vor Augen führt, wird einem immer ein bisschen schwindelig. Also auch danke! Ich glaube, wir müssen immer wieder mal darüber reden, weil ich das natürlich auch verstehe und es total menschlich ist, dass man sich nicht den ganzen Tag beschäftigen kann. Ich bin auch immer wieder darüber irritiert, dass es letztendlich doch so wenig Wirkung oder Niederschlag findet, und darüber geschockt, dass man es tatsächlich noch leugnen kann, dass es diesen menschengemachten Klimawandel gibt. Das ist aber noch einmal eine ganz andere Geschichte. Ich würde trotzdem ein paar Fragen stellen, weil ich es super finde, dass Sie alle mit Ihrer Expertise hier sind. Viel ist schon gefallen.

Ich fange mal nicht alphabetisch mit Herrn Reusswig an. Mich würde auch Ihre Einschätzungen zum Schneller-Bauen-Gesetz an der Stelle interessieren, weil ich glaube, dass das letztendlich die Kernfrage ist, wie wir heute bauen – Bauen ist eine soziale Frage in dieser Stadt –, aber wie bauen wir, dass diese Stadt auch lebenswert bleibt und unter den Gegebenheiten des Klimawandels auch so, dass es auch Sinn ergibt. Das Thema Wasser haben Sie schon als ein sehr großes für diese Stadt angesprochen. Vielleicht können Sie noch ein bisschen genauer darauf eingehen, wo wir Handlungsfelder haben, wo genau wir Ihrer Meinung nach noch ansetzen könnten. Eine Frage zum Thema Umweltgerechtigkeit, die wir im Koalitionsvertrag als handlungsleitend für diesen Senat mitgegeben haben: Der Senat veröffentlicht auch immer wieder den Umweltgerechtigkeitsatlas, wo wir wirklich nachlesen können, wo es Schwachstellen beim Grün gibt, aber wo sich auch soziale Faktoren überlagern. Was halten Sie von einer gesetzlichen Verankerung zum Beispiel dieses Kriteriums in einer Art und Weise?

Herr Prof. Hattermann: Was hat die Politik bei diesen Szenarien noch in der Hand? Wir haben auch in dieser Anhörung viel über Klimaanpassung geredet. Ich finde das richtig und gut, weil das letztendlich die Notwendigkeit ist. Was haben wir noch in der Hand um diese Umkehr zu schaffen, und was passiert, wenn wir nicht handeln? Ich glaube, dieses Szenario muss man

sich auch immer wieder vor Augen führen. Welche Kipppunkte, sofern Sie dieser Theorie folgen, sehen Sie kommen?

Prof. Hirschl: Sie haben zu dem Thema schon ganz viel gesagt. Vielen Dank dafür! Die Zusammenarbeit mit Brandenburg ist wichtig. Ich glaube, das haben wir gehört, und danach versuchen wir auch zu handeln. Ich komme selbst aus Brandenburg, von daher haben wir nicht nur beim Wasser eine Verbindung, sondern auch bei vielen Berlinerinnen und Berliner, die am Rand Berlins leben. Was wären die Low Hanging Fruits bei diesem Thema? Wo können wir vielleicht sofort anfangen? Darauf können Sie vielleicht gerne noch einmal eingehen.

Prof. Rammler! Ich freue mich sehr auf die Studie, die nächste Woche bei der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt wird. Die besondere Rolle der Städte als Brenngläser der Erderwärmung – können Sie das noch einmal erläutern, warum wir in Städten aufgrund des Klimas anders handeln müssen als auf dem platten Land? Gibt es auch ein Positivszenario? Wenn wir jetzt eine gute Klimaanpassung machen, was wäre dann sozusagen die Kehrtwende, die wir herstellen können, sofern wir das noch in der Hand haben?

Herr Limburg! Ich bin immer ein bisschen hin und hergerissen, ob man sich mit so viel Blödsinn beschäftigt oder nicht. Wenn man sich mit Klimawandelleugner beschäftigt, gibt man ihnen noch mehr Raum. aber der Elefant ist im Raum. Herr Reusswig sagte das vorhin in Bezug auf die Klimakrise, aber Sie sind auch im Raum. Allerdings will ich noch mal erläutern, warum Sie heute überhaupt das Recht haben, hier zu reden und Ihren wissenschaftsbefreiten Müll zu verbreiten, und zwar, weil jede Fraktion die Möglichkeit hat, einen Experten oder eine Expertin zu benennen. Die AfD-Fraktion hat Herrn Limburg gemeldet, der den menschengemachten Klimawandel leugnet und ein Ende der Energiewende fordert, ja, dass wir damit die Menschen weltweit gefährden, übrigens nicht nur in dieser Stadt. Jeder, der mal irgendwie in Ländern des globalen Südens war, weiß, dass die Klimakrise dort schon viel krasser trifft. Das zeigt einfach, wie gefährlich es ist, dass die AfD hier im Parlament ist und sich diesen Raum nimmt. Es steht ihr zu, aber das ist die Konsequenz und für mich wieder ein ganz klares Zeichen, dann doch lieber demokratisch zu wählen und sich mit Expertentum auseinanderzusetzen. Und Entschuldigung, ich glaube, Ihr Verein mit 50 Mitgliedern ist vielleicht eine andere Kategorie als die anderen Leute, die hier am Tisch sitzen. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Okay, vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann machen wir mit Herrn Hansel der AfD-Fraktion weiter.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das passt ganz gut, denn es ist nicht die AfD, die sich irgendwelche Sachen in Sachen Klima ausdenkt, sondern natürlich schauen wir auch auf die Wissenschaft, und da muss man einfach zur Kenntnis nehmen – aber das macht Frau Vierecke nicht, weil sie ein paar 1 000-Seiten-Lesedefizit in Bezug auf tatsächliche Klimawissenschaft hat –, dass es Teile der Wissenschaft gibt, die eine andere Meinung dazu haben, und zwar geht es um das Thema CO₂ ja oder nein. Dazu kommen wir noch, und ich finde es aber schön, dass wir in diesem Hause die demokratische Tradition pflegen und uns mal vernünftig darüber auseinandersetzen können. Ich bin auch Herrn Reusswig für die Einlassung dankbar, die gemacht hat. Insofern ist das hier alles sehr verbindlich und positiv. Es ist unsere Aufgabe, Frau Vierecke, als demokratisch gewählte Partei auch Meinungen, die nicht der Mehrheit angehören, in dieses Parlament zu tragen und darüber zu

diskutieren. Insofern ist es völlig richtig, und ich bin Herrn Limburg dankbar, dass er der Einladung gefolgt ist und dass der Ausschuss das auch so entspannt zugelassen hat.

Frau Staatssekretär Behrendt! Sie haben sich auch eingelassen und aus meiner Sicht passt das alles nicht zusammen. Auf der einen Seite machen Sie den Klimaalarmismus von Frau Vier-ecke und den Kollegen völlig mit, nach dem Motto: On the long run werden wir alle verbrennen –, und auf der anderen Seite müssen wir handeln. Sie sagen, wir müssen handeln. Vor dem Hintergrund, was Sie glauben, was die Ursache ist, müssten Sie auch handeln. Wenn Sie handeln und handeln müssten, dann müssten Sie tatsächlich 5 bis 10 Milliarden Euro einsetzen, aber nicht nur in fünf Jahren, sondern pro Jahr. Wenn man nämlich den Klimahaushalt anguckt – der, den die Hauptverwaltung vorgelegt hat und den auch die Bezirkshaushalte vorgelegt – und was wir in Berlin bis 2045 an Hunderttausenden von Tonnen von CO₂ reduzieren müssten, dann sind das Summen, die tatsächlich in die 5 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr gehen, für Berlin alleine, die wir nicht haben. Das heißt, auf der einen Seite machen Sie Klimaalarmismus, auf der anderen sagen Sie, wir müssen handeln, aber wir alle müssen feststellen, dass wir kein Geld dafür haben. Die Frage des Kollegen Koçak ist richtig: Warum wird das BEK nicht umgesetzt? – Weil es gar nicht umgesetzt werden kann, was die CO₂-Frage, das 1,5 Grad Ziel betrifft.

Was wir umsetzen können, und da bin ich auch Herrn Reusswig dankbar für die Anregung, die wir alle teilen, ist das Thema Klimaresilienz. Da komme ich zu den Fragen. Herr Hattermann, die Versicherungsszenarien, die Sie gemacht haben: Das ist logisch. Die Versicherung machen Szenarien, weil sie höhere Versicherungsprämien kassieren können, aber mich würde interessieren – dazu haben Sie nichts gesagt –, was die Grundlagen dieser Szenarien sind, die Sie gebracht haben.

Herr Hirsch! Sie wollen Energie sparen, sparen, sparen, sparen, Ökonomie-Downsizing, Schrumpfung. Das kennen wir. Das wird Deutschland nicht weiterbringen. Sie haben auch das Thema Windstrom wieder gebracht – Wind, Wind, Wind. Ich sage nur, Sie haben auch den Winter sogar genannt, Dunkelflaute. Da wissen wir doch alle mittlerweile, die wir hier schon länger sitzen, dass wir dazu fossiles Gas brauchen, das die Kraftwerksinitiative der Bundesregierung umsetzt, um diese Spitzen auszugleichen, die Sie mit Wind nicht bekommen, der an bestimmten Tagen nicht weht. Das ist einfach so. Wir müssen speichern, wir brauchen zusätzliche Aufbau der Infrastruktur, von Kraftwerken, die bis 2040 erst einmal mit Gas betrieben werden, bis Sie irgendwann mal irgendwelchen Wasserstoff haben. Das sind 10, 15 Jahre Übergang. Damit kommen wir nicht weiter. Berlin importiert nicht 50 Prozent Strom, sondern 70 Prozent. Das sagt sogar die Stromnetz Berlin GmbH. Das funktioniert alles nicht.

Bei Herrn Limburg würde mich interessieren: Sie haben den Zusammenhang ganz kurz angesprochen. Sie sprachen von Methangas und der Pipelinesprengung. Wenn Sie vielleicht noch mal kurz den Zusammenhang herstellen, was das mit dem Klima zu tun haben könnte. Dann interessiert mich wirklich – und das ist, glaube ich, der Kern dieser Differenz, die hier im Raum ist –: Was ist es denn wirklich, das die Konzentration, um die geht es ja, beim CO₂ erhöht? Das ist mit der Coronazeit, als in ganz Europa die Industrie runtergefahren wurde, ein-drucksvoll belegt worden. In ganz Europa gingen die Zahlen der Wirtschaft aufgrund Corona und des Lockdowns runter. Der menschengemachte CO₂-Produzent fällt in dieser Kategorie aus, und trotzdem geht die Konzentration nach oben. Wenn Sie diesen Zusammenhang viel-

leicht auch noch mal erklären. Was ist die Erklärung für die weiter steigende Konzentration? Sie sprachen kurz von der Sonne. Wenn Sie vielleicht noch mal etwas dazu sagen, weil ich glaube, dass das der Knackpunkt ist. Dann das Thema Kippunkte: Vielleicht können Sie auch noch etwas zu diesem Topos Kippunkte sagen

Zu Herrn Reusswig auch ganz kurz: Was tun? – Ich finde das völlig richtig, was Sie gesagt haben – Klimaresilienz, ganz wunderbar; Schwammstadt, sind wir dafür; Regenwasseragentur, sind wir dafür; Geothermie, sind wir dafür. Alles in Ordnung, muss gemacht werden. Dafür kann man Geld und muss man auch Geld sinnvoll einsetzen. Das ist gar keine Frage. Das löst aber die Frage der Klimaresilienz nicht von der Frage dieses 1,5-Grad-Klimaziel von Paris. Das lässt sich mit Klimaresilienz eben nicht wegdrücken, sondern da muss man sich wirklich die Frage stellen, wenn wir schon sehen, dass wir kein Geld haben, um dieses Thema überhaupt sinnvoll anzupacken, ob man dann nicht einmal reflektiert, ob es nicht doch besser ist, mal zu gucken: Was sagen eigentlich die Wissenschaftler, die anzweifeln, dass es die CO₂-Produktion ist, die wir mit der Industrie und machen und die zunimmt? – Ist es wirklich das, was diesen irren Klimaalarmismus auslöst? Ich sage es noch mal, ich sage es in jeder Runde, wo das Thema kommt: Wenn wir bis 2045 alles einsparen würden, um klimaneutral zu werden, entspricht das dem, was China in sechs Wochen ausstößt. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollege Hansel! – Dann sind wir bei Olaf Schenk, CDU-Fraktion.

Olaf Schenk (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für Ihre Vorträge! Berlin wird in den nächsten Jahren den Strombedarf verdoppeln. Wir haben immer mehr Wärmepumpen, wir haben Elektroautos, wir werden mehr Rechenzentren haben, wir werden mehr Einwohner bekommen, und dieser Strombedarf muss gedeckt werden. Sie haben vorhin geschildert, Herr Prof. Dr. Hirschl, dass wir mit Wind und Sonne einen Großteil abdecken können. Das wäre eine fantastische Lösung, aber ich habe da noch nicht so ganz die Vision, zu sehen, dass es auch wirklich so ist. Herr Hansel hat es eben angesprochen. Wir haben einen dunklen, windarmen Wintertag und vielleicht nicht nur einen, sondern mehrere. Welche Konzepte gibt es dann in Ihren Überlegungen? Biogas oder Wasserstoff können eine Lösung sein, aber ich sage mal, der Zeitraum, der angedacht ist, ist relativ knapp. Ich habe manchmal so ein bisschen die Befürchtung, dass wir unseren Wünschen hinterher sind. Ich erlebe es bei der Elektromobilität. Ich fahre ein Elektroauto. Es macht keinen Spaß, in der Stadt irgendwo eine Ladesäule zu suchen. So kriegt man keinen Menschen dazu, dass er sich zum Beispiel ein Elektroauto kauft. Da sehe ich Riesenprobleme.

Dann wäre meine Frage an Herrn Dr. Reusswig: Sie haben gesagt, es gibt Konzepte, die Konzepte werden aber nicht umgesetzt. Wo liegt das Problem? Ich glaube, das war auf die Schwammstadt bezogen. Was muss geändert werden, dass diese Konzepte umgesetzt werden können? Die zweite Frage an Sie: Sie sagten, dass die Quartiersentwicklung dem Wohnungsneubau vorzuziehen ist. Das ist natürlich schön, wenn man eine Wohnung hat, aber wenn man, so wie in Berlin, wo Tausende von Wohnungen gesucht werden, eine Wohnung benötigt, dann möchte man natürlich auch Wohnungsneubau haben, weil irgendwelche Enteignungsfantasien oder Ankäufe von bestehenden Wohnungen das Problem nicht lösen werden. Von daher müssen wir gucken, wo wir Menschen Wohnraum schaffen können. Vielleicht können Sie das Verhältnis zwischen Quartiersentwicklung gegenüber dem Wohnungsneubau einmal kurz erläutern, was da Ihre Idee war. Das war es. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollege Schenk! – Dann sind zumindest, das will ich nur kurz erwähnt haben, alle Fraktionen mit der ersten Fragerunde durch. Wir haben noch zwei weitere Meldungen. – Frau Schneider, ich könnte mir vorstellen, dass es gar kein so langer Redebeitrag ist. Dann wollen wir das gerne noch mit reinnehmen.

Julia Schneider (GRÜNE): Da habe ich ja Glück, vielen Dank! – Ich habe vorhin sehr kurz gesprochen, weil ich etwas vergessen hatte. Das wollte ich gerne nachliefern. Herr Hirschl, Sie sagten, dass wir uns jetzt zunehmend auf nichtnatürliche Maßnahmen der CO₂-Senkung fokussieren müssten. Könnten Sie noch einmal etwas zu den natürlichen Maßnahmen sagen? Wie schätzen Sie jetzt eigentlich das ein, was wir vorhin besprochen haben, dass der Wald gar nicht mehr unbedingt als CO₂-Senke fungiert? Vielleicht können Sie das irgendwie einschätzen/einordnen. Welche natürlichen, nichttechnischen Maßnahmen wären eigentlich noch für Berlin und Brandenburg wichtig? Dann war auch noch die große Frage – ich weiß nicht, ob die hier rausgekommen ist –, welche potenziellen Interessenskonflikte es eigentlich zwischen Berlin und Brandenburg in diesem Gebiet geben wird und wie die zu lösen sind.

Der zweite Punkt, den ich vergessen hatte anzusprechen, ist der große Punkt Wald. Wir wissen, dass die Berliner Forsten im Land Berlin Wald haben, aber eben auch viel Wald in Brandenburg. Wenn wir über Waldbrandprävention und so weiter sprechen, dann gibt es einen Waldbrandsensor in Brandenburg und einen in Berlin. Die kommunizieren miteinander. Das sollte noch ausgebaut werden. Ich frage mich, wie es damit unter veränderten Vorzeichen in Brandenburg weitergeht.

Auch noch die Frage zum Waldkongress, über den wir schon oft gesprochen haben. Zu dem sollten Expertinnen und Experten geladen werden, und es sollte sehr transparent darüber diskutiert werden, wie es denn mit oder ohne Waldumbau weitergeht. Da ist auch meine Frage, wann dieser Kongress kommt und wie die Zusammenarbeit mit Brandenburg aussehen wird. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollegin Schneider! – Den Abschluss der Abgeordneten bildet Frau Gennburg.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank! – Auf jeden Fall herzlichen Dank für diese Debatte! Ich würde ganz gerne noch einmal den Blick auf die Frage der Raumordnung und des Verhältnisses von Stadt und Land lenken. Das ist heute ja auch das Thema. Wir haben natürlich sehr viele Sachen zu besprechen – die Frage, wie wir die Klimakrise insgesamt stoppen können, wie wir unseren Beitrag leisten können. Ich finde, dass das eigentlich Spannende an dem heutigen Tagesordnungspunkt das Verhältnis von Stadt und Land ist, von Berlin zu Brandenburg. Dieses Wechselverhältnis ist ja schon sehr alt, und wir haben mindestens nach 30 Jahren, seit der Wiedervereinigung, eine neue Metropole geschaffen. Innerhalb Deutschlands hat Berlin eine ganz andere Stellung eingenommen. Berlin ist seit 1990 gewachsen, wengleich die Einwohnerzahl gleich blieb. Das ist auch, finde ich, sehr bemerkenswert zu erwähnen, wenn wir über die Frage sprechen. CDU und AfD sagen immer: Bauen, bauen, bauen –, Teile der SPD leider auch. An diesem Verhältnis müssen wir das Metropolenwachstum einmal besprechen. Es wird ja seit 1990 gebaut wie blöde, aber irgendwie ändert sich nichts an der Wohnungsnot, sondern sie wird schlimmer.

Das hat Gründe; das hat etwas damit zu tun, dass das vielbeschworene Wirtschaftswachstum eben einen Beitrag zur Klimakrise und zur sozialen Krise leistet, weshalb Ihre Einlassung, Herr Limburg, natürlich zu gar nichts führen. Es kann eine Lösung der Klimakrise nur mit einer klaren solidarischen Antwort geben. Eine Antwort, wie Sie sie vorschlagen, im Sinne von alles muss gleich bleiben und eine Besitzstandswahrung für den globalen Norden, führt zu gar nichts, weil die Wassermassen und die Hurrikans an Ländergrenzen keinen Halt ma-

chen. Denen sind nationale Ideologien völlig egal. Es führt auch deswegen zu nichts, weil wir jetzt schon sehen, wie sich im Prinzip unter unserem Boden die Klimakrise materialisiert.

Zu Berlin-Brandenburg, das Verhältnis von Stadt und Land, will ich gerne an die Experten folgende Frage stellen: Die Raumordnung in Deutschland nach dem Krieg war ja sehr dezidiert darauf gerichtet, dass wir gleichwertige Lebensverhältnisse haben, und das hat etwas damit zu tun, dass man auch ein sehr starkes raumplanerisches Konzept einer Versorgung von Regionen hatte. Das ist in der Stadtplanung, in der Raumplanung auch eine deutsche Besonderheit, und die ist eigentlich ein hohes Gut. Deswegen ist auch das deutsche Baugesetzbuch eigentlich so toll, selbst für Linksradikale, weil nämlich enteignungsgleiche Eingriffe in jeder Weise möglich sind, um die Lebensverhältnisse und das Gemeinwohl zu sichern. Deswegen hat sich in dieser Konstellation der Raumordnung der gleichwertigen Lebensverhältnisse aus meiner Sicht doch etwas sehr grundsätzlich verschoben.

Wenn wir zum Beispiel über Berlin-Brandenburg reden, muss man sagen, dass die Metropole in einer Weise gewachsen ist, dass sie einen langen Schatten auf das Land wirft. Über diesen Schatten würde ich gerne reden. Ich würde gerne darüber reden, wenn wir immer sagen: Berlin muss irgendwie den Gendarmenmarkt entsiegeln und dies und das und noch ein paar Bäume auf Häuser pflanzen –, würde ich immer sagen: Ja, können wir alles machen –, aber man kann nicht Bäume auf Häuser pflanzen und Parks wegnehmen. Man kann nicht Grünflächen auf der Erde versiegeln, und dafür pflanzen wir Bäume auf Häuser, sondern man kann nur die Parks und die Grünflächen erhalten und zusätzlich Bäume auf Häuser pflanzen. Diese Frage würde ich gerne von Ihnen beantwortet haben. Wie stehen Sie eigentlich dazu? Wie sieht es aus mit der Netto-Null-Versiegelung? Haben wir wirklich noch Zeit bis 2030 oder muss eigentlich schon sofort radikal entsiegelt werden, brauchen wir nicht Netto-Null gestern?

Mich interessiert deswegen auch das Schneller-Bauen-Gesetz, der Kollege Taschner hat es schon angesprochen. Die Regierung plant gerade, Arten- und Naturschutz einzuschränken und die Mitwirkungsrechte der Umweltverbände massiv zu beschneiden. Die Umweltverbände haben in der Anhörung sehr klar gesagt, dass sie das nicht mehr leisten können. In einer Zwei-Wochen-Frist können Sie keine Stellungnahmen für umfangreiche Bauprojekte abgeben. Das läuft faktisch darauf hinaus, dass die Umweltverbände im Prinzip gar nichts mehr sagen können, und deswegen diese Genehmigung von einer Zentralverwaltung – das will das sogenannte Schneller-Bauen-Gesetz vor allem, eine Verwaltungsreform von oben sein, die Entmachtung der Bezirke – zentral durchgesetzt würde. Wie stehen Sie dazu? Muss der Arten- und Naturschutz eigentlich ausgeweitet werden, das Bundesnaturschutzgesetz eigentlich schärfer werden? Es wird in Berlin darüber diskutiert, dass das Berliner Naturschutzgesetz zu scharf sei, und man deswegen das bundesweite nehmen könne, oder sehen Sie das so wie ich, dass wir es viel schärfer und viel mehr Mitwirkungsrechte brauchen?

Lassen Sie uns über den ökologischen Schatten von Berlin und die Verantwortung der Metropole in der Region reden: Wie sieht es aus mit dem langen Schatten? Wir graben Brandenburg das Wasser ab, vermutlich, wir leben jetzt schon auf Kosten des Ausgleichs des Waldes. Welche Zahlen können Sie dazu liefern? Wie sieht es eigentlich aus: Berlin wird auch mit Lebensmitteln aus der Region versorgt. In welchem Verhältnis steht das, und wieso muss Berlin deswegen auch aufhören, zum Beispiel für Neubauten Ausgleichflächen in Brandenburg in Anspruch zu nehmen? Ich würde gerne von Ihnen ein klares Statement dazu haben, wie sich

der ökologische Schatten schon auswirkt und was wir deswegen für eine Verantwortung haben, in Berlin selbst viel radikaler umzusteuern und nicht immer den ökologischen Fußabdruck auf andere umzulegen und im Prinzip zu sagen: Na gut, wir haben ja Brandenburg um uns herum. Das ist irgendwie so viel Grünland, die können das schon für uns mittragen. Wir sind sowieso viel geiler als alle anderen. – Deswegen würde mich von Ihnen ein grundsätzliches Plädoyer zu der Frage der Solidarität interessieren. Wir haben es gemerkt: Mit einem technischen Klein-Klein kommen wir nicht voran.

Herr Reusswig! Ich danke Ihnen für Ihr klares Statement, auch ein politisches Statement, weil die große Krise die wir haben, der Meteorologe, der weint, lässt sich eben nicht mehr mit kleinen technischen Projektentwicklungen aufhalten, sondern wir brauchen einen generellen Wandel. Das hat doch etwas damit zu tun, wie wir uns grundsätzlich als Berlin innerhalb der Krise verorten. Da hätte ich von Ihnen ein paar klare Takte. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Gennburg! – Sie haben selten in meine Richtung geschaut, so konnte ich bei der Frage der Redezeit nicht so streng reinschauen. Die gibt es bei Abgeordneten nicht. – Das wird Ihnen fünf nicht gelingen; Sie gucken in diese Richtung. Deswegen will ich Ihnen nur sagen, dass wir noch zwei Tagesordnungspunkte haben, die wir danach zwingend rannehmen müssen, weil wir hier mitberatend sind. Ich würde jedem von Ihnen gerne die Gelegenheit geben, zu erwidern, beziehungsweise Frau Staatssekretärin Behrendt hat danach noch die Abschlussrunde. Bei den Abgeordneten würde ich vermuten, dass wir uns mit weiteren Fragen bewusst zurückhalten. Ein Angebot an Sie: Wer möchte in der Beantwortung anfangen? – Herr Prof. Hattermann!

Dr. Fred Hattermann (PIK): Vielen Dank für die Fragen! – Ich versuche, es ein bisschen zusammenzufassen, weil sich die Fragen teilweise überschneiden haben. Es war einmal die Frage – das fing bei der Grünenfraktion an – nach dem Starkregen und was das für eine Auswirkung hat. Es ist so, dass wir gerade im Sommer deutlich mehr Starkniederschläge haben. Das merkt jeder. Wir haben sehr viele Gewitter, es prasselt, und dieser Starkregen dringt nicht so gut in den Boden ein und führt dazu, dass wir Verschlammung haben, dass wir Probleme in der Landwirtschaft haben, Erosion und so weiter. Wenn sich im Mittel der Niederschlag nicht ändert, aber wir mehr Starkniederschläge haben, dann dringt am Ende weniger in den Boden ein. Das Zweite: Dadurch haben wir diese längeren Phasen ohne Niederschläge und teilweise richtig monatelang, und das führt bei den Böden, die wir haben, sehr schnell dazu, dass wir eigentlich sehr schlimme Zustände im Wald und so weiter haben.

Auf der anderen Seite führen diese Starkniederschläge – das haben wir gerade bei der Oder gesehen – zu diesen Hochwassern. Eigentlich sind diese Toten, die es gegeben hat, ein Versagen. Wir wussten, dass der Niederschlag kommt. Der war lange vorher angekündigt, und trotzdem ist er so viel stärker gewesen, dass es noch sehr viele Tote gegeben hat. Dasselbe war auch der Fall beim Ahrtal, wo es ein bisschen plötzlicher kam. Diese Starkniederschläge auf kleinem Raum beschäftigen uns wirklich. Das ist wirklich schwer vorherzusagen. Sich anzupassen und wie man sich am besten anpasst: Am Ende muss es darum gehen, Menschenleben zu schützen. Wir hatten 2021 beim Ahrtal 150 Millimeter, fast vergleichbar auch in der Uckermark. In der Uckermark ist nur nicht so viel los. Da haben Sie nicht diese Versiegelung. Wenn die in Berlin runtergekommen wären – – Das müsste man eigentlich mal durchtesten. Der Prenzlauer Berg heißt nicht umsonst Prenzlauer Berg. Wir haben Unterführungen und so weiter. Das müsste man wirklich mal durchspielen. Ganz kurz zu dem Hochwasser: Diese

Wassermassen kamen eigentlich aus dem Mittelmeerraum. In Griechenland hatten wir an einem Tag 800 Millimeter. Das ist unser Jahresniederschlag. Die werden uns nicht so schnell erreichen, weil die über den Balkan kommen, aber wir sehen mehr und häufigere und stärkere Ereignisse.

Das bringt mich zu der Frage der AfD-Fraktion, wie wir zu dieser Aussage kommen. Tatsächlich war es eine sehr umfassende Studie. Es ist so, dass uns das Leben einholt. Die Wirtschaft fragt uns ständig, was denn da passiert; Telekommunikation, Energie, Wasserwerke, VW fragen uns, was hier eigentlich passiert und worauf wir uns einstellen müssen. Wir hören sehr häufig: Das ist schon wirklich ein Preistreiber bei uns. – Es passiert etwas, und es geht hoch. Sie haben gesagt, dass die Versicherungen höhere Prämien wollen. So einfach ist es nicht. Die sind ja in einem Konkurrenzverhältnis. Wenn der eine die Prämien anhebt, und der andere macht es nicht, laufen die Kunden zum Nächsten; ich bin oft dabei im Gespräch. Das geht bis zum Aussteigen. In den USA steigen die aus den Versicherungen zum Beispiel für Hurrikans aus, wollen sie nicht mehr. Es ist schon komplexer. Wir haben die Studien gemacht, Klimamodelle, die Ergebnisse in regionale Modelle, in hydrologische Modelle. Wir haben Deutschland in 5 000 Flussabschnitte eingeteilt. Da wurden die Ereignisse immer wieder durchgespielt, und dann haben wir Schadensfunktionen, und dann kommt das eben raus. Das ist wissenschaftlich veröffentlicht, das kann ich Ihnen gerne mal zuschicken, das können wir gerne mal diskutieren, wenn es Sie interessiert. Das hat natürlich alles Unsicherheiten, aber es geht immer nach oben. Der Fakt ist, es geht immer nach oben.

Dann hatten wir die Frage zu den Braunkohletageseen, ob die geflutet werden können. Es kommt auf die Szenarien an. Wenn es tatsächlich das ist, wenn es so weitergeht, wie wir es gerade haben, dann wird es schwierig. Wir machen gerade eine große Studie dazu, auch mit dem Land Berlin zusammen, das heißt „SpreeWasser:N“, wo wir die Sachen gerade durchrechnen. Wir hatten aber vor einigen Jahren schon so ein Projekt, und da sah es als Ergebnis auch schwierig aus. Wir hatten damals – das ist auch so eine Diskussion – eine Überleitung diskutiert. Da ist die Elbe ganz oben. Da sagt jeder: Die Elbe hat selbst wenig Wasser –, aber im Winter hat sie sehr viel Wasser. Wenn man im Winter Wasser entnehmen würde, das ist fast die Nachweisgrenze, wäre das in der Spree sehr viel. Dann können Sie das zum Beispiel in den Braunkohletageseen speichern, danach käme erst der Spreewald, der muss auch Wasser haben, danach käme erst Berlin. Das wäre zum Beispiel eine Lösung, um Berlin gegen den Klimawandel resilienter zu machen.

Dann war die Frage, wie gut Berlin an den Klimawandel angepasst und wo wir sind: Berlin kann gar nicht an das angepasst sein, was gerade passiert. Es ist in Deutschland tatsächlich zwei Grad wärmer, und es ist nicht auf einmal die ganze Infrastruktur geändert worden. Es kommt drauf an, was jetzt gemacht wird. Das war auch gerade die Diskussion. Berlin hat schon Teile einer Schwammstadt, da gehe ich mit Studenten ganz gerne zur Exkursion hin, aber es ist natürlich eine Riesenaufgabe. Das ist ein richtig großes Brett, was da gemacht werden muss. Da kann es nicht sein.

Zwei Fragen waren noch – Kippunkte und ob wir noch etwas machen können: Bei den Kippunkten ist es so, dass wir bei den Korallenriffen – das interessiert die meisten hier wahrscheinlich nicht so, ist aber wichtig – wahrscheinlich schon bei 1,5 Grad 75 Prozent verlieren. Wer gerne taucht, sieht das mittlerweile schon. Dann sind da diese 2 Grad. Das ist diese 2-Grad-Grenze. Da sind wir wahrscheinlich bei einigen Kippunkten. Wir sehen im Mo-

ment zum Beispiel, dass der Amazonas sehr trocken ist. Der Amazonas ist so groß, dass die verdunstete Wassermenge wieder im Amazonas runterkommt. Nun ist er aber so abgebrannt und abgeholzt, dass dieser Zyklus nicht mehr funktioniert. Es ist tatsächlich erschreckend, was da gerade mit Dürre passiert. Das ist wirklich wichtig für das Weltklima. Ich nenne noch einen zweiten; das ist das Grönlandeis. Da sind wir auch bei 2 Grad schon in einem höheren Risiko, dass wir das verlieren. Das sind 7 Meter Meeresspiegelanstieg. Das passiert nicht in einem Jahrhundert, aber sehr viel passiert schon am Anfang, weil es einfach die größte Eismenge ist. Wir haben einfach den Knopf gedrückt; den holen wir nie wieder ein. Das kann man alles ganz gut erklären.

Ob ich glaube, dass man noch etwas machen kann: Natürlich glaube ich das. Da ist unser Institut – da müssen Sie aber vielleicht Herrn Prof. Edenhofer fragen, der das mit seiner Arbeitsgruppe wirklich rauf und runter rechnet, mit welchen Maßnahmen wir es wirklich noch schaffen können, unter welchen Bedingungen, was die EU, was Deutschland, was die Welt beiträgt. China ist auch nicht immer so schlecht. China ist auch in gewissen Bereichen Vorbild, wo sie auch wirklich investieren, Schwammstädte zum Beispiel auch, aber auch andere Sachen, wo sie wirklich viel investieren. China merkt auch, dass es Probleme bekommt. Es ist im internationalen Kontext und bekommt zum Beispiel mittlerweile sehr viel Druck von Afrika, dass etwas passieren muss und so weiter. Ich habe schon die Hoffnung, aber man muss eben anfangen. Wir selbst – meine allerletzten zwei Sätze – haben gerade eine Unterschrift gemacht, dass wir Solarzellen auf das Dach von links nach rechts bekommen und mit Wärmepumpen heizen. Das machen wir auch, weil wir Kosten sparen wollen. Wir haben uns das natürlich durchgerechnet. Die installierte Solarmenge geht gerade durch die Decke. Wind hängt hinterher, Solar geht aber gerade durch die Decke. Da sehe ich tatsächlich auch Hoffnung.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Prof. Dr. Hattermann! – Dann gerne Herr Prof. Dr. Hirschl, außer Sie wollen jemand anderem den Vortritt lassen.

Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Nein, ich habe ja schon die Überleitung zum Thema Klimaschutz bekommen, das vielleicht einmal aufgreifend: Die Installationszahlen der erneuerbaren Energien sind nicht nur in Deutschland sehr beeindruckend, sondern es gibt weltweit eine enorme Dynamik. Der allergrößte Zubau, der den gesamten Zubau der Welt überschreitet, passiert in China. Die Chinesen wissen ganz genau, dass die Energiewende auch für sie die Lösung ist, und der meiste Zubau an Wind- und Solaranlagen passiert in China. Die scheinen da irgendwie einen ähnlichen Blick auf das Thema zu haben wie wir.

Angela Merkel war ursprünglich mal der Meinung, wie die damalige Szene der Energieversorgungswirtschaft, dass erneuerbare Energien nie mehr als 4 Prozent werden erreichen können. Da hat sie irgendein Limit gesehen. Wir haben mittlerweile 56 Prozent erneuerbarer Energien im Netz, und alle Energieversorgungsunternehmen und auch die konventionellen teilen das Bild einer 100 Prozent erneuerbaren Energieversorgung. Insofern frage ich mich, mit welchen Praxisakteuren Sie, die das kritisieren, Kontakt haben, wer Ihnen da nun sagt, dass das anders laufen soll. Ich kenne persönlich niemanden, und wir diskutieren ja ganz viel auch mit denjenigen RWEs, E.ONs und Vattenfalls und wie die alle heißen. Die teilen dieses Bild, die haben die technologischen Lösungen vor Augen, die wollen damit Geld verdienen, und die wissen, dass es in diese Richtung geht.

Das Thema Dunkelflaute, um das auch gleich mit abzuräumen, ist natürlich in der Wissenschaft seit ungefähr 20 Jahren diskutiert, seit 10 Jahren haben wir die Lösungen. Das ist mittlerweile technologisch klar, dass das mit Schattenkraftwerken läuft. Das ist überhaupt gar kein Geheimnis. Wir haben im Moment 200 Gigawatt an Kraftwerkskapazität – was ist da bitte schön nicht da? Das Energiesystem funktioniert so mit Reservekraftwerken Stand heute. Das hat auch früher immer mit Reservekraftwerken und Speichern funktioniert. In Zukunft werden es mehr Speicher sein, es werden noch mehr Speicher kommen. Wir haben eine enorme Zubaudynamik bei Batterien. Die saisonale Langfristspeicherung: Das sind wenige Hunderte von Stunden, die wir für diese sogenannte kalte Dunkelflaute abdecken müssen. Das werden natürlich Schattenkraftwerke sein; das werden in Zukunft Gaskraftwerke sein.

Der Transformationsprozess läuft. Er läuft zu langsam, so wie überall. Sie hier, sagen wir mal, haben gerade ein Problem mit der Verabschiedung des BEK, und so passiert es auch auf Bundesebene, dass dort Gesetzeswerke aufgrund von Krisen und anderen Ereignissen nicht so schnell stattfinden, aber in dieser Legislatur ist so viel angeschoben worden wie noch nie zuvor in Sachen Energiewende und Klimaschutz. Das wird Wirkung zeigen.

Um einen letzten Satz zu dem gesamten Energiesystem zu sagen: Wenn wir das Thema Kohleausstieg – das ist ja das, was in Brandenburg ein sehr wichtiges Thema ist – nicht aktiv politisch begleiten, und aus wissenschaftlicher Sicht haben wir mehrheitlich die Auffassung, dass es sehr wahrscheinlich vor 2038 passieren wird, dann wird es ein Problem. Wenn sich die Politik hier verweigert, einen möglichen marktgetriebeneren früheren Ausstieg zu begleiten – da kann Berlin Brandenburg unterstützen –, dann werden wir ein Problem bekommen. Aber technisch – und das ist die gute Nachricht bei diesem Klimaschutzthema – haben wir nicht das Problem, das zu lösen. Die Antworten, was ich Ihnen beschrieben habe, wie man die Dunkelflaute bewältigt, werden Sie von den E.ONs und den RWEs bekommen. Es gibt keinen Energieversorger mehr, der das anders sieht.

Wirtschaftlich ist es alles im Wesentlichen bezahlbar. Es ist eine Gestaltungsfrage, die mit Verteilung zu tun hat. Wir haben sehr viel teilweise auch Widerstände, die aber auch mit Verteilungsungerechtigkeit zu tun hat. Das ganze System von Steuern, Abgaben und Umlagen ist im Moment eines, was den Nutzen und die Belastung der Kosten nicht gerecht verteilt. Das ist etwas, was Berlin flankieren kann, aber im Wesentlichen politisch mit unterstützen sollte.

Jetzt komme ich zu ein paar einzelnen Fragen der Gestaltung – erst einmal wie wir diese Verbräuche runterkriegen: Es gibt als allererstes eine ganz positive Nachricht. Alleine der Wechsel zu erneuerbaren Energien bringt uns diesen Verbrauch enorm runter. Ich habe Ihnen ja die Primärenergieträger gezeigt, und ein wesentlicher Anteil dieses Primärenergieblocks, den wir heute haben, ist die verpuffte Wärme, die wir nicht nutzen, die Ineffizienz von Verbrennungsmotoren, bei allen fossilen Energieträgern. Der Wechsel zu Erneuerbaren bringt schon von alleine etwas. Der Wechsel zu strombasierten Verbräuchen, zum Beispiel zur Elektromobilität bringt diesen Balken enorm runter. Wenn Sie zur Elektromobilität wechseln und den Verbrenner runterfahren, wenn Sie – bei der Mobilitätswende geht es natürlich darum – den Umweltverbund stärken, bringen Sie die Kurve massiv runter.

Dann bleibt der Problembereich Gebäude. An der Stelle geht es darum, dass wir sanieren müssen. Wir müssen die Sanierungsraten hochbekommen, auch da wieder mit dem Blick auf die sozialen Herausforderungen bei dem Thema. Wir müssen in unseren Milieuschutzgebieten

Rahmenbedingungen schaffen, dass dort saniert wird, nicht, dass dort aus vermeintlichen – – da sind auch wieder Fehler im System. Man versucht, Menschen, die von Sanierung betroffen wären, zu entlasten, aber belastet sie ja, wenn sie in der Zukunft nicht in energieeffizienten Gebäuden wohnen. Insofern: Das sind Dinge, die durch Verteilungsregelungen und durch eine gute soziale Flankierung ermöglicht werden müssen. Da müssen wir ran, um diese Kurven runterzubekommen.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Herr Prof. Dr. Hirschl! Ich weiß nicht, wie viele Fragen Sie wahrscheinlich noch notiert haben, aber wir sind jetzt wieder bei weiteren fünf Minuten. Versuchen Sie es deswegen bitte, in einer Minute zu Ende zu bringen.

Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Ganz kurz zu zwei, drei Punkten, der Blick über den Tellerrand in Richtung Brandenburg: Wenn ich Wind und Solarenergie zusammenbringe, dann kann ich den größten Teil an Energieversorgung bereitstellen und brauche dann noch diese Systemdienstleistungen für so etwas wie Dunkelflautenphasen. Das kann ich aber am Markt dazukaufen. Das ist zum Beispiel für so ein Konzept wie Energy Sharing ganz wichtig. Im Moment liegt ein Entwurf vor, der uns in Berlin, sagen wir mal, so etwas wie verbesserte Mieterstrombedingungen schaffen würde, aber wir wären auf unser eigenes Verteilnetz zurückgeworfen. Wir müssen dafür schauen, dass wir die Randverteilstetze, dass wir Brandenburger Windstrom mit in diese Systematik reinbekommen, weil wir dann schöne Energy-Sharing-Pakete geschnürt bekommen.

Beim Thema Wasserstoff oder generell die Frage, was wir in Berlin in Zukunft eigentlich produzieren: Das sind von der Elektrolyse bis zur Plasmalyse, Pyrolyse, solche Technologien. Ich glaube, wir werden dazu hinkommen, dass die kleiner gebaut werden, weil wir die Abwärme nutzen. Wir brauchen die Abwärme hier in Berlin, und Wasserstoff transportieren ist technisch anspruchsvoll. Da verlieren wir noch viel mehr als bei der Abwärme. Da sind die Verluste ein Thema. Ich glaube, dass dezentrale Produktion eine Zukunft und Chance hat, und wir werden den Wasserstoff in Berlin brauchen, also sollten wir schauen, dass wir den in Berlin mit den genannten Technologien mitproduzieren.

Bei der Biomasse brauchen wir eine gemeinsame Strategie, die die zukünftigen stofflichen Nutzungen, die wir im Moment noch gar nicht auf dem Schirm haben, mitberücksichtigt. Jetzt groß in energetische Verbräuche reinzudenken und das auch zu planen, ist, denke ich, falsch, wenn wir nicht die stoffliche Seite mitberücksichtigen. Der Zug wird kommen, darüber diskutieren wir noch ziemlich wenig. Da können wir auch Biomasse, zum Beispiel von Mooren – – um einen Satz zu Senken zu sagen: Das sind natürlich die Wälder. Wir müssen diesen Umbau der Wälder in Berlin und Brandenburg weiter gestalten. Das ist ein wichtiges Thema, und dann kommen die Moorflächen dazu. Das kommt nur ins Leben, wenn wir Geschäftsmodelle bieten. Das können wir durch die Senkenfunktion, durch die Biomasse, die dort entsteht, durch Erneuerbare, die dort installiert werden können. Dadurch können wir Geschäftsmodelle schaffen. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank Ihnen! – Das ist eigentlich ein großartiger Schatz, dass Sie Ihr Wissen mit uns allen teilen. Ich will nur sagen, dass wir gar nicht auf Anhörungen warten müssen, um diesen Dialog in welcher Form auch immer fortzusetzen, sei es im Klimaschutzrat und Ähnlichem. Deswegen bitten wir um Verzeihung, dass

wir nicht mehr Zeit haben, aber das ist bei einer solchen Anhörung so, und wir machen mit Herrn Limburg weiter.

Michael Limburg (EIKE): Danke! – Wenn ich mir das so anschau, dann komme ich mir vor wie der Einäugige unter Blinden. Es geht ja nicht darum, dass alles toll ist, dass wir alles würden machen wollen und wunderbar und Stadt schützen wollen und so weiter – ich habe Ihnen versucht nachzuweisen, dass die Frage ist, ob es ein menschengemachter Klimawandel oder ob es ein normaler Klimawandel. Da können wir gerne hundertmal über den normalen Klimawandel reden. Ich habe Ihnen versucht nachzuweisen, dass das CO₂, das wir als Maßstab in der Emission runterbringen, egal, wie Sie das Ganze organisieren, einfach sinnlos ist.

Nehmen wir mal an, dass wir als gesamte Menschheit rund 3 bis 5 Prozent Anteil an den Emissionen haben, das heißt, dass 95 bis 97 Prozent natürlich sind. Ich habe Ihnen nachgewiesen, dass nicht die Emissionen der entscheidende Punkt sind, sondern die Konzentration. Das wissen Sie auch. Sie wissen, dass die Konzentration die Gegenstrahlung macht, um den Treibhauseffekt zu erhöhen. Ich habe Ihnen nachgewiesen, dass diese CO₂-Konzentration sich überhaupt nicht von irgendeiner Emissionsänderung beeindrucken lässt und schon gar nicht von Deutschland. Deutschland hat 1,5 Prozent Anteil am weltweiten menschengemachten Ausstoß. 1,5 Prozent – wenn wir verschwinden, ist auch nichts zu sehen. Bei den anderen Ländern ist auch nichts zu sehen, bei 2,4 Gigatonnen ist nichts zu sehen. Ich habe Ihnen nachgewiesen, dass das Problem menschengemachter Klimawandel mithilfe des CO₂ einfach das falsche Pferd ist. Sie reiten auf dem falschen Pferd, und das Pferd ist tot. Das Pferd ist eindeutig tot. Ich habe Ihnen das nachgewiesen. Das war Nummer eins.

Als Nummer zwei habe ich die Dame von der SPD und auch hier von der Linken: Sie haben mich mit Verbalinjurien bestückt, na schön, ist Müll, was ich da erzähle. Das ist nicht entscheidend. Der Punkt ist: Wenn Sie Recht hätten, dann wäre all das – teilweise – vernünftig, der eine mehr sozial, der andere mehr direkt, alles in Ordnung, aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass das anthropogene CO₂ keinen Einfluss auf das Klima hat, so oder so nicht. Egal, ob wir das nun toll finden, dass wir alle in der Welt das machen oder nicht. Deutschland und die EU haben keinen Einfluss darauf, Punkt eins. Ich will auch gar nicht die Fragen, die hier durchaus sinnvoll behandelt wurden, irgendwie infrage stellen. Bei manchen kann man auch sagen, ein bisschen merkwürdig, aber gut.

Sie haben erwähnt, Sie gehen durch die Landschaft und freuen sich, dass auch AfD-Leute dabei sind und sagen, dann habe ich auch einen Förster dabei, und dann frage ich über die letzten drei Jahre – Sie wissen, dass wir vom Klima reden? Klima ist nicht drei Jahre, das ist bestenfalls Witterung, wir reden über 30, 40, 100, 200 Jahre und nicht über drei Jahre. Das ist ein wichtiger Punkt. Ich denke, das sollten Sie auch wissen.

Das Zweite ist: Sie haben über 400 Hitzetote gesprochen, alles schlimm, alles furchtbar, wir müssen natürlich auch die Kältetoten erwähnen, die sind bei 4 000 in der Größenordnung, Pi mal Daumen, 10 zu 1. Auch zu viel, müssen wir etwas tun, egal wie, könnt ihr gerne machen.

Dann habe ich von Herrn Hansel die Frage zur Pipeline: Wir hatten einen Großversuch in der Ostsee, wo am 27. September die Pipelines in die Luft gejagt wurden, wir haben immer noch keinen Täter, und dort kamen binnen drei Tage rund 300 bis 500 Millionen Kubikmeter Methan in die Atmosphäre. Methan wird gedacht als 25 bis 50 mal mehr klimaintensiv als CO₂.

Das Umweltbundesamt sagt, dass das zwei Tagesmengen CO₂-Äquivalent, die wir in Deutschland machen, waren, die dort in drei, vier Tagen aus dem Wasser nach oben gestiegen sind. Wir haben dort die Konzentration des Methans von 1,8 ppm auf 7 bis 10 Prozent erhöht, also um den Faktor 7 000. Was war an Wärmeentwicklung an den rings herum messenden Stationen zu sehen? – Nichts! Na gut, ein bisschen was, es ging nach unten. Es ging nicht nach oben, sondern es ging nach unten. Selbst diese Riesenmenge von Methan! Sie wissen ja, dass der Treibhauseffekt durch Gegenstrahlung wirkt. Gegenstrahlung ist spontan. Wenn Sie vom Schatten in die Sonne gehen, wird es Ihnen warm. Das ist die Strahlung, die Sie dann erwärmt. So ist auch der Treibhauseffekt erklärt.

Wir haben eine Riesensmenge an Methan in einem Großversuch, wie er nicht besser hätte stattfinden können, der nichts gezeigt hat. Wenn etwas davon zu sehen gewesen wäre, hätten sämtliche Medien davon berichtet. Das ist eindeutig ein weiterer Punkt, dass das Methan nicht die Eigenschaften hat, die man ihm zudichtet. Wie auch immer!

Dann war die Frage nach der Sonne: Wir haben – ich habe Ihnen die Grafik gezeigt – in 300 Jahren haben wir 0,38 Grad mehr Erwärmung und davon in den letzten 30 Jahren rund 0,12, 0,13 Grad, und das ist auf zwei Dinge zurückzuführen. Das Erste ist: Wir hatten in dieser Zeit eine verstärkte Sonneneinstrahlung von 240 Stunden in Deutschland. Das habe ich gerade erwähnt, die Strahlung macht die Wärme. Das Zweite ist, dass wir in den 30, 40 Jahren, die wir hinter uns haben, einen massiven Zuwachs der Bevölkerung hatten, noch mal zum Vergleich. Wir hatten vor 300 Jahren, die Grafik, die ich gezeigt habe, Berlin, Potsdam, rund 30 000, 20 000, 50 000 Einwohner. Inzwischen haben wir in diesem Bereich 4 Millionen Einwohner. Der Urban-Heat-Island-Effekt, der städtische Wärmeinseleffekt, hat einen erheblichen Anteil an der Erwärmung, getoppt durch die Sonneneinstrahlung. Beides zusammen reicht aus, um diese Frage zu beantworten.

Kippunkte – –

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Herr Limburg! Haben Sie noch eine offene Frage? Wir sind bei Ihnen wieder schon bei sechs Minuten sind.

Michael Limburg (EIKE): Ja, ich bin weitestgehend durch! Ich will nur eines zum Schluss sagen: Sie können machen, was Sie wollen; Sie können beschließen, was Sie wollen. Gestern habe ich gehört, dass Berlin im Jahre 2006 20 Milliarden Euro Ausgaben im Plan hatte und keine neuen Schulden, Sie hatten sogar einen Überschuss. Jetzt haben Sie 40 Milliarden Euro. Beschließen Sie, was Sie wollen. Die Menschen in diesem Land, insbesondere auch in Berlin, woanders, werden Sie daran hindern, das zu tun. Die Wirtschaft geht rapide bergab und rapide runter. Wir sind noch nicht am Ende, ganz im Gegenteil, wir sind gerade erst am Anfang. Das war der Punkt. Machen Sie, was Sie wollen, aber es ändert nichts daran, dass die Leute Ihnen verbieten werden, das zu tun, was Sie jetzt vorhaben.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Danke auch an Sie! – Wenn dieses Mal Herr Dr. Rammler nicht tauschen will?

Dr. Stephan Rammler (Freier Wissenschaftler und Autor): Nein, wir tauschen nicht. – Frau Vierecke, Sie haben gefragt, was denn eigentlich das positive Szenario ist. Ich will es ganz deutlich aus meiner Sicht sagen: Das positive Szenario ist, wenn es Berlin schafft, in sehr kurzer Zeit klimaresilient aufzustellen. Das ist das große Thema. Wir werden es nicht mehr schaffen, die Erderwärmung in einem Maße zu mitigieren und zu neutralisieren, wie das eigentlich nötig wäre. Die Erderwärmungseffekte treten ein. Ich habe bis vergangenes Jahr das Institut für Zukunft und Technologiebewertung hier in Berlin geleitet, und wir haben uns viel mit Resilienzfragen und Risikovorsorge beschäftigt. Ich muss auch noch sagen: Berlin ist in den nächsten Jahren nicht vorbereitet, was ab 2025, 2026 an Erderwärmung stattfinden wird, insbesondere aufgrund des Urban-Heating-Effekts, der besondere Wärmeinseleffekt. Es geht ganz konkret und massiv um Bevölkerungsschutz. Es geht um Vorausschau, es geht um die Frage, wie wir möglichst tages- und stundenaktuell meteorologische Lagen voraussagen können, wie wir Protektion betreiben können, also wie wir eine systematische Vulnerabilitätsana-

lyse der urbanen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge betreiben und die jetzt schon vorbereiten können – da muss investiert werden –, und wie wir im Grunde die Rettungsdienste darauf vorbereiten können, auf das, was dann auf der Bevölkerungsseite passieren wird, adäquat zu reagieren. Das ist erst einmal das Unmittelbare, was gemacht werden muss.

Was die lang- und mittelfristige Umbaufrage angeht: Na klar, es geht um klotzen und nicht kleckern. Rein technologische Fragen werden nicht mehr ausreichen. Es geht im Grunde um einen gesellschaftlichen Verbund dieser Klimaresilienzfrage über alle Fraktionen und Parteien hinweg gemeinsam. Ich will es noch einmal deutlich sagen: Klimaresilienz ist das zentrale Thema der nächsten Jahre, und Berlin könnte da eben, wie gesagt, ein Vorbild sein, weil in Berlin die Wohnwende kommen muss, in Berlin muss die massive Modernisierung der Infrastrukturen urbaner Daseinsvorsorge kommen. Das sind die Universitäten, das sind die Schulen, die sehr schlecht aufgestellt sind, also überall muss gebaut werden. Wenn jetzt gebaut wird, bitte nicht schnell bauen, weil wer schnell baut, muss dann lange und langsam hinterher versuchen, die Probleme wieder zu lösen, die er erzeugt, wenn er schnell baut. Es geht darum, jetzt richtig zu bauen, klimaangepasst zu bauen, grüne und blaue Infrastrukturen, die Schwammstadt umzusetzen und so weiter. Alle weiteren Details finden Sie dann im Szenario, was ich am Montag vorstellen werde. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Zum Abschluss Dr. Reusswig. – Herr Dr. Reusswig, Sie waren in der ersten Runde tatsächlich der mit der meisten Redezeit, das würden wir gerne dieses Mal umkehren.

Dr. Fritz Reusswig (PIK): Ich muss Sie ja anschauen, und Sie werden mir bestimmt Signale geben. Ich muss mir trotzdem meine Zeit ein Stück weit nehmen. Ich bin ja häufig auf kommunaler Ebene unterwegs. Wir sind jetzt in Hamburg, Hitzeaktionsplan, Duisburg, verschiedene Städte Deutschlands. Ich sitze auch manchmal in Ausschüssen. Ich war auch in Umweltausschüssen in Augsburg, in Duisburg und so weiter. Ich muss Sie kurz loben – entschuldigen Sie das bitte, dass ich das tue –: Es gibt im Raum auf jeden Fall Härten und Konfrontation, das ist nicht zu leugnen, aber ich bin beeindruckt von dem Niveau der Fragen und der Diskussion, und ich bin da auch ein Stück weit von der Diskussionskultur beeindruckt – ich weiß nicht, was Sie sonst so treiben, wie das hier sonst so zugeht –, trotz Unterschieden. Ich möchte auch dazu beitragen. Ich bin in der Sache sehr anders aufgestellt als Sie, aber ich finde es gut, dass wir hier uns austauschen.

Ich werde auch wegen der Zeit nicht alles beantworten können: Sie haben gefragt, um mit Ihnen anzufangen, Herr Schenk, woran es bei der Umsetzung hakt. Es gibt schon einige Dinge, die umgesetzt werden, aber dieses strukturelle Element. Wir haben das BEK damals vorgeschlagen; es wurde auch schon angesprochen. Da sind Maßnahmen drin, da ist auch ein Finanzierungsansatz drin, der ist nicht durchgerechnet, das müssen Sie alles am Ende entscheiden, aber wenn Sie das auf den Weg bringen, denke ich, ist schon einiges passiert.

Sie haben auch gefragt, Baumentscheid, Klimaanpassungsgesetz: Wir haben auf Bundesebene ein neues Klimaanpassungsgesetz, und die Ministerin möchte auch insbesondere die Länder – an die Kommunen kann sie nicht richtig ran – in Haftung für eine konsequentere Klimaanpassung und Hitzeschutz nehmen. Der Hitzeaktionsplan ist explizit da drin, und es werden Berichte von den Ländern erwartet. Das heißt, dass Berlin gut daran tut, über ein eigenes Klimaanpassungsgesetz nachzudenken. Diese Baumentscheidinitiative: Ich habe ehrlich gesagt mit

denen im Vorfeld gesprochen, Herr Strößenreuther hat mich angesprochen, ein CDU-Mitglied, wenn ich mich nicht irre, und ich habe versucht, in der Diskussion der Entwürfe ein bisschen Kritik an manchen Punkten zu üben. Die wollten zum Beispiel die Kleingärten unter das Denkmalschutzgesetz stellen oder so etwas. Das Ding ist langsam aufgewachsen. Ich finde es gut, dass diese Initiative dahin geht zu sagen: Berlin braucht eine Klimaanpassung. Ich weiß nicht, ob der Volksentscheid alles abdeckt. Das Anpassungsgesetz muss breiter sein. Wir haben noch mehr Sektoren. Wir können mit Bäumen nicht alles erledigen. Wir reden auch ganz viel über verschiedene Industrien, für Infrastrukturen in der Stadt. Diese Initiative aufzugreifen und sie zu einem ambitionierten Anpassungsgesetz weiterzuentwickeln, halte ich für richtig.

Das Schneller-Bauen-Gesetz wird heute nicht verhandelt, ich hätte gerne zugehört. Es wurde schon angedeutet – erster Punkt –: Ich frage mich immer, wo die ganzen Projektionen herkommen. Sie haben Land/Stadt, da gibt es hohe, da gibt es niedrige – wo kommen die Zahlen eigentlich her? Es steht ja niemand auf der Matte und campiert vorm Reichstag, weil er noch keine Wohnung hat, sondern die kommen in Deutschland alle erst, wenn sie eine Wohnung haben. In Indien ist das anders. Das heißt, die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung Berlins wird auch ein bisschen davon abhängen, was hier gebaut wird. Wenn Sie das Mietniveau dieser Stadt – wir haben das mal für Potsdam durchgerechnet, ein bisschen kleiner, das gebe ich zu – schützen wollen, müssen Sie ganz viel im Bestand machen. Da sind momentan noch die niedrigen Mieten. Wir haben sehr viel, was aus der Sozialbindung rausläuft und dann sehr teuer verkauft oder vermietet wird. Das ist eine Baustelle, die man, was den Mietenschutz angeht, auch machen muss. Bei den hohen Baukosten zurzeit bezahlbares Wohnen durch Neubau zu machen, Bedarf zusätzlicher Subvention. Das kann man alles machen.

Wie groß darf Berlin eigentlich werden? – Sie haben eine große Frage gestellt. Ist bei vier Millionen Einwohnern Schluss? Fühlen wir uns noch bei fünf Millionen Euro wohl? Es gibt eine Fraktion, die will manche Leute hier gar nicht haben, das muss man sich nicht anziehen, aber die Frage, wie viele wollen wir eigentlich werden, ist, finde ich, legitim, und einfach zu sagen: Da wollen so viele kommen, deswegen müssen wir bauen, bauen, bauen –, ist vom Grundsatz her – –

Was wird gebaut? Qualität des Baus: Das hast du richtig gesagt. Die Quartiere, was meine ich damit: Ich habe den Herrn Gaebler einfach nur ernst genommen. Herr Gaebler hat gesagt, dass wir nicht nur auf die Quantität schauen, sondern auch auf Qualität. Was wollen die Leute denn hier? Was nützt es, in Berlin eine winzige bezahlbare Wohnung zu haben, mit irgendwelchen aufgestapelten Dingen, wo kein Grün, kein Schatten ist, wo die Lebensqualität nicht da ist? – Das funktioniert doch nicht! Wir brauchen ein lebenswertes Berlin. Das ist auch wichtig, dass wir das darstellen.

Letzter Punkt – da war die Frage, wie schaffen wir das Narrativ und so weiter –: Da gibt es ganz viele Baustellen. Zum Beispiel die Freiheitserzählung. Es wird uns erzählt, dass die Freiheit durch diesen ganzen Ökokram, Ökodiktatur eingeschränkt wird – ich gucke jetzt Sie oder Sie an. Drehen wir doch die Debatte einmal rum: Was wird uns denn alles eingeschränkt, wenn wir diese fossile Moderne weiterfahren? Was sparen wir uns da eigentlich ein, und welche Freiheitsoptionen gibt es eigentlich andersherum? Das gilt auch für Stadt-Land. Anderer Punkt: Es ist eine Pseudodiskussion, hier mit der Wissenschaft – – Ich bin ja auch ein Institut, wir könnten jetzt stundenlang über Szenarien reden. Ich sage: Den Leuten da draußen ist

es völlig egal. Soziologische Studien zeigen: Die Leute wählen die AfD, teilweise auch das BSW, nicht, weil die so tolle Klimazweifler haben, weil die endlich mal den 1 000-Seiten-IPCC-Bericht – es geht nicht um Wissenschaft, es geht um etwas anderes. Die Leute wählen sie, weil die Angst haben, dass der Klimaschutz ihnen zu teuer kommen würde oder sonst irgendetwas, dass das ihr Leben ändert, und das wird negativ für sie. Darauf können wir uns vielleicht mal einigen. Dann ist aber die Frage, ob das tatsächlich der Fall ist. Das ist ja die nächste Frage.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Aber nicht mehr heute! – Ganz herzlichen Dank allen fünf Anzuhörenden! Ich habe Frau Staatssekretärin Behrendt auch gebeten – das ist ja klar –, noch einmal etwas beizutragen, aber auch da die Bitte, dass wir es vielleicht ein bisschen komprimierter schaffen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Eben, als die Mikrofone noch aus waren, hat er gesagt: Fünf Minuten und nicht länger! – Insofern werde ich mich wirklich sehr kurz halten. Angesprochen wurde das Thema Zusammenarbeit Berlin und Brandenburg: Ich will jetzt nur mal ein Beispiel rauszunehmen, und zwar das Thema Wasser. Da sind wir intensiv in der Zusammenarbeit und werden gemeinsam eine Strategie für das Wassermanagement mit Brandenburg vorlegen. Das wurde in der gemeinsamen Senatssitzung der beiden Regierungen beschlossen. Wir werden bis zum Beginn des nächsten Jahres diese Strategie vorstellen. Da geht es einmal um das Thema, wie wir die Wasserqualität, die wir haben, erhalten, wie wir die Wasserressource insgesamt für Berlin und Brandenburg sichern, wie wir auch Regenwasser besser managen können, und zwar vor allem in der Stadt klug managen. Es geht vor allem auch um das Thema Abwassermanagement, denn da sind Berlin und Brandenburg auch sehr eng miteinander verbunden. Im Hinblick auf die wachsende Stadt müssen wir da wahrscheinlich auch gewisse Veränderungen vornehmen. Das alles sind wichtige Themen, denen stellen wir uns gemeinsam, und es kann auch nur so funktionieren.

Dann die Frage, wie ich zum Baumentscheid stehe. Ich habe auch schon sehr oft mit dem Herrn Strößenreuther gesprochen, und ich muss sagen, dass ich den Baumentscheid unterstütze. Das habe ich hier, glaube ich, auch schon mehrfach gesagt. Ich finde dieses Engagement sehr gut, dass es auch aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Wir werden sehen, ob der Baumentscheid Erfolg hat oder nicht. Ich denke, bei den Zielen sind wir uns aber alle einig, dass wir mehr Grün brauchen, die Bäume müssen resilienter sein, und insofern bin ich da sehr positiv und bin gespannt, wie es da weitergeht.

Die Frage nach dem Thema Entsiegelung: Sie wissen ja, dass wir eine neue Bodenschutzkonzeption im Senat vorgelegt haben. Diese Bodenschutzkonzeption enthält auch das Thema Entsiegelung. Es wird ein Entsiegelungskataster für diese Stadt erstellt, denn wir müssen erst einmal einen Überblick bekommen, welche Flächen mit Potenzial für Entsiegelung wir in der Stadt haben, und dann in die systematische Entsiegelung einsteigen. Aus meiner Sicht ist besonders wichtig – und den Prozess habe ich persönlich auch angestoßen –, dass die Akteure, die in der Stadt Flächen haben, und die Akteure, die sich um Grün und um Blau kümmern, viel stärker in eine gemeinsame Zusammenarbeit kommen. Da rede ich jetzt zum Beispiel von der BIM, die ja sehr viele Flächen und Gebäude in der Stadt hat, ich rede zum Beispiel von Grün Berlin und natürlich auch von den Berliner Wasserbetrieben. Ich glaube, wir werden in dem Bereich Entsiegelung und mehr Grün in der Stadt wirklich nur zusammenkommen, wenn

da viel vernetzter gearbeitet wird. Den Prozess begleite ich sehr eng, und da werde ich demnächst auch zu den ersten Erfolgen und Plänen berichten, die wir da gemeinsam schmieden.

Dann die Frage nach den Finanzen – das Sondervermögen wurde angesprochen: Da sind gerade noch die letzten Abstimmungen im Senat, und wir werden sehr zeitnah in den nächsten Wochen den Klimapakt vorlegen. Das ist unter Federführung der Senatsverwaltung für Finanzen. Dann werden Sie natürlich entsprechend informiert.

Außerdem haben wir uns auch gegenüber dem Bund dafür eingesetzt, dass das Thema Klimaschutz und Naturschutz als Gemeinschaftsaufgabe definiert wird, und das hat auch finanzielle Konsequenzen für Bund und Länder.

Hitzeaktionsplan: Da liegt die Federführung bei der Gesundheitsverwaltung. Da gab es bereits ein Kick-off-Treffen, da waren wir als Verwaltung beteiligt. Für den Herbst 2025 ist der Beschluss des Hitzeplans vorgesehen. Der hat unterschiedliche Schwerpunkte. Der Prozess ist gestartet. Wir werden hier auch gerne zwischendurch weiter informieren.

Die Frage nach dem Wald: Da könnte ich einiges sagen, aber die Frage war konkret nach dem Waldkongress. Es geht allerdings nicht nur um einen Waldkongress, sondern es geht darum, dass wir insgesamt das Thema Mischwaldprogramm evaluieren, schauen, ob wir da für den Klimawandel richtig aufgestellt sind, was wir mit der Waldbaurichtlinie machen. Die muss auch überarbeitet und an den Klimawandel angepasst werden. Es geht auch da um die Zusammenarbeit mit Brandenburg. Das ist ja klar, dass die Zusammenarbeit beim Thema Waldbrandschutz auch weitergehen wird. Alles andere wäre Wahnsinn und nicht verantwortbar. Ein erster Expertenkongress ist im Februar des nächsten Jahres geplant. Das wird aber eher ein interner Prozess auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forsten mit der Wissenschaft sein. Dann werden aber weitere Formate auf jeden Fall folgen, auch da werden wir hier sehr gerne weiter über den Prozess informieren.

Zuletzt das Thema, was die Politik überhaupt noch machen kann. Herr Dr. Rammler, Sie haben das eben angesprochen. Sie sagten, das ist eigentlich ein Bevölkerungsschutzthema. Das sehe ich genauso. Ich komme aus diesem Bereich und muss sagen, dass ich das Thema grünblaue Infrastruktur, und ich sage mal grünblaurote Infrastruktur, denn die Biodiversität schließe ich da direkt mit ein, wirklich als Infrastruktur sehe. Genauso müssen wir sie auch schützen. Dem fühle ich mich auch persönlich sehr verpflichtet. Dazu werde ich auch alles beitragen, was in meiner Kraft steht. Ich weiß, dass das bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses genauso ist. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Behrendt! – Dann ist das jetzt auch die Gelegenheit, danke an alle Anzuhörenden im Namen des Ausschusses zu sagen. Danke, dass Sie uns mit Ihrer Expertise heute zur Verfügung standen! Sie haben jetzt die Möglichkeit, noch dabei zu sein oder das Haus wieder zu verlassen, so, wie Sie mögen, weil wir jetzt noch zwei Tagesordnungspunkte bestreiten, auch das Schneller-Bauen-Gesetz kurz miteinander beraten werden. Vielen Dank noch einmal ganz offiziell für Ihre Unterstützung heute!

Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1858

**Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und
Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben
(Schneller-Bauen-Gesetz – SBG)**

[0203](#)

UK

Haupt

InnSichO

StadtWohn(f)

Mobil

Hierzu liegt uns eine Auswertung der Anhörung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 30. September 2024 vor. Das Wortprotokoll ist per E-Mail schon rumgegangen, es hatte jeder die Gelegenheit, das zu lesen. Zu diesem Tagesordnungspunkt haben wir sehr viele Gäste, einige vertraute Gesichter. Herzlich willkommen Kerstin Hähnel, Frau Cornelia Albers, Frau Prof. Dr. Stefanie Hennecke, die schon gerade da war, und Frau Angela Bischoff! Zudem sind auch noch Herr Michalski von der Wohnungsbauleitstelle und Herr Vargas da. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen in unserem Ausschuss! Danke für Ihre Geduld, die Sie anscheinend mitgebracht haben. – Wir haben schon Meldungen zum Verfahren. Ich habe Frau Gennburg wahrgenommen. – Frau Gennburg, Sie haben das Wort!

Katalin Gennburg (LINKE): Ich würde erst einmal fragen, ob wir die Sitzung verlängern, weil in sieben Minuten wir definitiv nicht das schwerste und schlimmste Gesetz dieser Regierungskoalition aus CDU und SPD werden verhandeln können.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Das habe ich als Antrag verstanden. Dann will ich in die Runde fragen, ob es da Widerspruch gibt, ansonsten ist die Idee, wenn wir Einvernehmlichkeit herstellen, dass wir eine Viertelstunde oder halbe Stunde verlängern. – Eine halbe Stunde steht im Raum. Meine Begeisterung hält sich zugegeben in Grenzen, aber ich sehe keinen Widerspruch. Wir haben den Antrag, eine halbe Stunde zu verlängern. Gibt es Widerspruch? – Das sehe ich nicht, dann verlängern wir bis 12.30 Uhr. Frau Gennburg hat immer noch das Wort.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank! – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über das sogenannte Schneller-Bauen-Gesetz und wollen versuchen, die acht Stunden dauernde Anhörung auszuwerten, die wir gemeinsam letzte Woche Montag bestritten haben. Ich selbst war als Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt in allen Teilen anwesend und muss sagen, dass viele der Probleme sich deutlich bestätigt haben. Ich würde sagen, dass das Fazit der Anhörung sehr klar ist: Es gibt zwei große Verlierer durch diese Reform des Schneller-Bauen-Gesetzes, und das sind zum Ersten die Umweltpolitik im Land Berlin und zum Zweiten die Bezirke.

Prof. Aletta Bonn hat in ihrer Stellungnahme als Beauftragte für Naturschutz sehr klar gesagt, dass es sich hier um eine Verwaltungsreform von oben handelt. Ich möchte sagen, dass die SPD schon in der letzten Legislatur immer wieder gerne die Zentralverwaltung nach dem Vorbild Hamburg stärken wollte. Dass sie es jetzt in diesem Schweinsgalopp tun würde, hätte wahrscheinlich trotzdem nicht jeder gedacht. Jetzt fahren hier zwei Züge aufeinander. Ich muss ehrlich sagen, dass ich ganz gespannt bin, gestern machten Martin Hikel und Böcker-Giannini im Doppelinterview die große Ansage, wie sie sich die Verwaltungsreform vorstellen. Ich habe es ein bisschen das Gefühl, dass es bei Ihnen ordentlich knallt. Aus meiner Sicht

fahren da zwei große Züge aufeinander zu. Ich bin gespannt: auf der einen Seite als SPD-Projekt dieses sogenannte Schneller-Bauen-Gesetz als verdeckte Verwaltungsreform von oben, die vor allem die Bauverwaltung stärkt, mit Unterstützung der Innenverwaltung, die auch in der Anhörung sehr klar gesagt hat, dass die Innenverwaltung gar kein Problem und da ganz vertrauensvoll mit Herrn Gaebler gearbeitet hat. Das kann ich verstehen. Frau Spranger und Herr Gaebler arbeiten natürlich vertrauensvoll miteinander, auf der anderen Seite dieser Verwaltungsreformprozess von Kai Wegner. Da muss man schon sagen, so spannend war es selten auf der Oppositionsbank.

Zu dem, was hier geregelt wurde, möchte ich mein absolutes Unbehagen in zwei Fragen ausdrücken: Das Erste ist, wie hier mit der klaren Stellungnahme aus den Bezirken umgegangen wird, die sagen, wenn das umgesetzt wird, wird das letzte noch verfügbare Fachpersonal abgezogen und die Bezirke handlungsunfähig gemacht. Es wird darauf hinauslaufen, dass nicht nur die politische Prämisse ist, dass die Zentralverwaltung in alle Verfahren reinradieren kann, unabhängig davon, wie groß die sind. 50 Wohneinheiten, meine Damen und Herren! 50 Wohneinheit als gesamtstädtisches Interesse zu deklarieren, ist wirklich abenteuerlich. 50 Wohneinheiten als gesamtstädtisches Interesse zu benennen, muss doch auffallen, dass das nicht mit rechten Dingen zugeht! Jetzt ist es so, dass Sie diese Zugriffsmacht der Zentralverwaltung durchsetzen wollen. Die Bezirke sagen Ihnen ganz klar, dass das so nicht gehen kann. Es wird dazu führen, dass noch mehr Verfahren verlängert werden. Es gab eine eindeutige Stellungnahme von allen Expertinnen und Experten aus Verbänden und den Verwaltungen und klare Ansagen. Sie lesen das im Protokoll, das hoffentlich auch alle gelesen haben. Wenn nicht sollten, Sie das schleunigst tun.

Die andere Frage, die ich wirklich deutlich sagen muss: Mit welcher Ungenauigkeit in der Argumentation vorgegangen wird, warum man dieses Gesetz jetzt durchsetzen muss. Die ist wirklich nicht zu ertragen. Der Senator hat die letzten zwei Jahre erklärt, und davor sein Vorgänger Herr Geisel auch schon, dass der Arten- und Naturschutz die Bauverfahren so sehr verzögern würde, dass man da dringend mal die Axt anlegen müsse. Wir haben nachgefragt, worauf sich die Prozentzahlen konkret belaufen. Daraufhin hat mir der Bausenat Anfang des Jahres mitgeteilt, dass er das nicht sagen könne. Er hat die Zahlen nicht. Daraufhin bekam ich von informierten Kreisen eine Zahl, die die Wohnungsbauleitstelle vor vielen Jahren erhoben hat, zugeliefert, dass der Arten- und Naturschutz lediglich 6 Prozent der Bauverzögerung im Land Berlin zu verantworten habe. Diese Zahl habe ich auch in der Anhörung vorgetragen. Daraufhin hat der für die Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen anwesende Staatssekretär Slotty noch einen oben draufgesetzt und mir mitgeteilt, dass diese Zahl nicht nur nichtöffentlich, sondern auch veraltet sei. Ich muss sagen: Mit welcher Verve Sie hier wirklich ernsthaft ohne jede Zahlengrundlage behaupten, dass der Arten- und Naturschutz so sehr für die Bauverzögerungen im Land Berlin verantwortlich sei, ohne Zahlen zu nennen und dann, wenn wir Ihnen die Zahlen vorlegen, uns zu erklären, dass die Zahlen veraltet seien, aber sie trotzdem keine anderen haben. Wer auf so einer Grundlage Regierungspolitik und Gesetze macht, der gehört abgewählt. Was ist denn hier los?

Frau Behrendt! Ich möchte von Ihnen wirklich mal wissen: Wieso Sie stimmen dem zu? Ich finde das wirklich abenteuerlich. Sie haben in der Anhörung gesagt, dass alles total problematisch sei, und die Umweltpolitik dürfe nicht unter die Räder gelangen. Was konkret tun Sie? Jetzt haben Sie hier heute gerade eben auch gesagt, dass Sie den Baumentscheid unterstützen. Ganz konkret, am Gesetz bleiben wir in der Sache: Im Gesetz ist geregelt, dass die Baum-

schutzverordnung beschnitten wird, und im Schneller-Bauen-Gesetz wird in Artikel 10 geregelt, dass Eingriffsrechte bei überwiegend öffentlichen Interessen, die geregelt werden müssen, zusätzlich möglich sind. Wieso stimmen Sie dem zu? Das passt überhaupt nicht zum Baumentscheid. Ihre Unterstützungszusage zum Baumentscheid können Sie entweder in der Tasche nach Hause tragen, oder Sie sagen hier und heute, dass Sie Ihre Zustimmung zu diesem Gesetz zurückziehen. Ansonsten ist die Aussage nichts wert. Das muss man deutlich sagen. Sie opfern die Bäume in Berlin für das schnellere Bauen, für das Betonvergießen. Der Schutz in der Baumschutzverordnung wird alleine nur mit diesem Paragraphen aufgekündigt. Man könnte über viele andere Paragraphen auch noch reden.

Es ist ganz klar, wie ich eingangs sagte, dass die großen Verlierer Umweltpolitik und Bezirke sind. Man könnte zu diesem Schneller-Bauen-Gesetz sehr vieles sagen. Sie können auch viel mehr für eine aktive soziale Bodenpolitik tun, damit die Spekulanten eben nicht jahrelang die Grundstücke leer liegen lassen können und nicht bauen. Gehen Sie doch da ran, aber mit den Eigentümern wollen Sie sich halt nicht anlegen. Das ist das Problem. Wir haben als Linke vorgeschlagen, dass es eine Bauhütte gibt, kommunale Baukapazitäten, die Landeseigenen besser aufstellen, dass sie selbst bauen, regionales Bauen, ökologisches Bauen, mit den Bauern aus der Region, hier eine Bauhütte aufstellen, Holzbau, Lehm, Hanfbau, alles möglich, machen andere Länder längst, und Sie haben wirklich keine andere Antwort als zu sagen: Baumschutz beschneiden, Investoreninteressen first und noch schnellere Genehmigungen, damit die Bezirke am Ende gar nicht mehr selbst entscheiden können. Das gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann haben wir auf der Redeliste Frau Vierecke.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Das Schneller-Bauen-Gesetz ist ein Gesetz, das auch ganz viele Aspekte im Umwelt-, Arten- und Naturschutz betrifft. Deswegen glaube ich, dass wir uns auch den Raum nehmen – insofern gut, dass wir die Verlängerung machen –. Wir haben gerade ganz viel über Klimaneutralität geredet und wie sich die Stadt verändern soll. Ein Punkt ist, den Artenschutz wirklich ernst zu nehmen. Ich will mal mit einer Sache anfangen, die ich aus der Anhörung als Positivbeispiel in dem Bereich vernehmen konnte. Das ist, dass es ganz am Anfang eine Bauantragskonferenz gibt, die diese Aspekte an den Beginn des Prozesses nimmt. Das finde ich erst einmal richtig, und das habe ich auch von allen Seiten als etwas verstanden, was den Prozess beschleunigt, aber diese Aspekte auch nicht unter den Tisch kehrt. Am Ende ist uns eben allen nicht geholfen, wenn die Klage ganz am Ende kommt, sondern wenn wir das Thema erstmal auf die Tagesordnung setzen und sagen: Okay, wir werden uns mit folgenden Arten an diesem Bau beschäftigen müssen. Das finde ich, geht in die richtige Richtung. Aus Umweltperspektive ist das wirklich ein wichtiger Punkt.

In der Anhörung haben wir als SPD-Fraktion auch klargemacht, dass wir noch Änderungsbedarf haben. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich das lieber hier in unserer Runde beschieden hätte und dass das Verfahren, was dieses Abgeordnetenhaus gewählt hat, ein anderes ist. Insofern können wir diesen Änderungsbedarf im Parlament auch weiterhin machen, und zwar im Stadtentwicklungsausschuss. Dabei geht es mir vor allem um die Mitwirkungsrechte der Umweltverbände, die laut Senatsvorlage von vier auf zwei Wochen beschnitten werden. Ich finde das nicht richtig. Das haben wir auch von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen gehört, auch von unserem baupolitischen Sprecher, weil es in der Zeit wirklich nicht machbar

ist. Da möchte ich, dass wir als Parlament herangehen. Ich habe auch noch kein wirklich gutes Argument gehört, warum zwei Wochen den Prozess entsprechend verlängern. Ich glaube, dass es gut und richtig ist.

Ich bin hier die umweltpolitische Sprecherin, meine Aufgabe ist es, genau auf die Paragraphen zu schauen, die letztendlich im Schneller-Bauen-Gesetz stehen und welche Auswirkungen sie auf dieses Themengebiet haben. Deswegen würde ich die so durchgehen und entsprechend den Senat um Stellungnahme bitten. Mir geht es vor allem um den § 28, wo es um Ausnahmen vom Biotopschutz geht, wo der Wohnungsbau in geschützten Biotopen erleichtert wird – Hainbuchenwälder kann man da vielleicht nennen –, wo wir uns wirklich fragen müssen, ob wir in einer Stadt wie Berlin gesetzlich geschützte Biotope bebauen oder die Möglichkeit dazu geben wollen. Ein Gesetz sagt ja nicht immer, dass es am Ende wirklich passiert, aber wir erleichtern das. Für Einzelfälle ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz eine Bebauung auch möglich, aber wir machen es auf Berliner Ebene noch einmal sehr viel leichter. Da interessiert mich schon, was die Haltung des Senats ist. Ich muss sagen, dass ich das an der Stelle wirklich für einen Paragraphen halte, wo ich Nachbesserungsbedarf habe. Ich glaube, wir brauchen diese Änderung im Land eigentlich nicht. Im Gegenteil, die gesetzlich geschützten Biotope gehören gesetzlich geschützt und nicht zerstört.

Dann haben wir heute auch schon zum Thema Wald gesprochen, in welchem Zustand der Wald ist. Wir haben noch nicht die neuste Analyse, aber wir haben den Waldzustandsbericht auf Bundesebene; wir bekommen Daten aus Berlin. Frau Behrendt, ich schätze, dass wir bei dem Thema Waldumbau wirklich vorankommen wollen, dass Sie an dem Thema dran sind, aber nun geht dieses Gesetz auch ans Landeswaldgesetz ran, und zwar an den § 6 LWaldG Berlin. Da sind auch eine Gleichstellung der Zahlung einer Walderhaltungsabgabe und die Bereitstellung von geeigneten Ersatzflächen als Kompensationsform enthalten. Ist es so schwer, die Kompensationsflächen zu finden, oder ist es nicht notwendig, dass wir den Wald, bei dem wir übrigens seit Dauerwaldvertrag von 1915 eine gesetzliche Aufgabe haben, ihn zu schützen, dann eben auch schützen? Es gibt in § 6 drei Punkte, wo wir an das Landeswaldgesetz rangehen. Da interessiert mich die Einschätzung des Senats, vor allem was der Wegfall der Umweltverträglichkeitsprüfung in § 8 LWaldG bedeutet. – Das sind meine großen Punkte bei diesem Gesetz. Wir sind noch in der Befassung, aber ich kann dem Gesetz so nur unter Vorbehalt in diesem Ausschuss zustimmen. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Danke, Linda Vierecke! – Dann sind wir bei Frau Schneider, Herr Bertram, und dann habe ich mich selbst auf die Redeliste gesetzt.

Julia Schneider (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich muss ehrlich sagen, dass mich dieser Vorgang irgendwie sehr betrifft. Wir haben gerade eben ein Lob bekommen, wie sachlich und gut fundiert wir hier im Ausschuss zusammensitzen und arbeiten, und wir haben gehört, wie wichtig Grünflächen, Entsiegelung und so weiter für das Land Berlin sind. Und jetzt reden wir hoppla-hopp über das Schneller-Bauen-Gesetz, nachdem wir an einem Montag schon einmal eine Anhörung dazu hatten, wo alle Ausschüsse zusammen geladen waren, wir auch ihre Stellungnahmen gehört haben. Frau Abgeordnete Gennburg hat es eben schon einmal gesagt: Was ist die eine Aussage wert, wenn die andere der Aussage widerspricht? Was bringt die Unterstützung für den Baumentscheid, wenn man ein Schneller-Bauen-Gesetz beschließt? Wir können jetzt noch einmal die Fragen aus der Anhörung wiederholen, aber eigentlich kam aus der Anhörung schon gut raus, dass eigentlich unklar ist, inwiefern dieses

Gesetz das Bauen beschleunigen soll. Frau Abgeordnete Vierecke hat eben zwei positive Punkte genannt: die Bauantragskonferenz und dass die Verbändebeteiligung bei vier Wochen, also beim Status quo, verbleibt. Der zweite ist, finde ich, keine Verbesserung.

Der erste: Bauantragskonferenz. Wenn wir dieses Gesetz auf dieses Vorhaben zusammenstreichen würden, glaube ich, könnten wir alle zustimmen, aber das wird ja nicht so sein, sondern in Wirklichkeit ist es so, dass das Gesetz aus unserer Sicht die Klimakrise ignoriert, in der städtische Grünflächen in der Stadt unbedingt überlebensnotwendig werden. Die Grundannahme, die einfach falsch ist, ist, dass Natur- und Umweltschutz das Haupthindernis für den Wohnungsbau seien. Dabei bräuchte man eigentlich vorausschauende Planung, die auch Naturschutzvorgaben mitbedenkt, die die am Anfang in der Bauantragskonferenz zusammenträgt und die aber auch dafür sorgt – das wurde in der Anhörung auch ganz deutlich –, dass wir lebenswerte Quartiere mit Grünflächen, im Einklang mit Naturschutz, mit Umweltschutz entwickeln. Deswegen lehnen wir die Änderungen, die die Umwelt- und Naturschutzgesetze betreffen, komplett ab.

Ich will sie einmal kurz aufzählen, denn es macht ja einen Großteil dieses Gesetzesvorhabens aus: das Berliner Naturschutzgesetz, das Landeswaldgesetz, das Berliner Gesetz über Umweltverträglichkeitsprüfung, die Baumschutzverordnung. Ohne jetzt in die Paragraphen technisch reinzugehen, einfach mal inhaltlich, können weder Wald- noch Grünflächen einfach leichtfertig zu Bauland erklärt werden, Biotope, Wälder, Bäume sind höchst schützenswert, haben wir gerade hier gesagt, und müssen es auch bleiben. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfungen haben ihre Berechtigung in einer Stadt, in der immer mehr gebaut wird. Dass bei uns die Prüfkriterien teilweise anders sind als im Bund, hat seinen Grund – darüber haben wir in der Anhörung eben auch gesprochen –, denn wir sind ein urbaner Raum. Wir haben nicht so viele Ausweichflächen, wo ich gleich beim nächsten Punkt bin, bei den Ersatzmaßnahmen. Die müssen natürlich weiterhin innerhalb einer bestimmten Frist und auch in räumlichen Grenzen stattfinden, sonst bringen sie uns für die Stadtnatur gar nichts.

Frau Gennburg hat dankenswerterweise das Thema Verwaltungsreform hier mit reingezogen, und natürlich hat das miteinander zu tun, obwohl es inhaltlich nicht so wirkt. Alles, was in dem Schneller-Bauen-Gesetz angesprochen und versucht wird, ist eine Zentralisierung, wo die Expertise der Unteren Naturschutzbehörden nicht mitgenommen wird, also eigentlich wieder Chaos geschaffen wird und aus unserer Sicht auch die Rechtsunsicherheiten größer werden.

Mir fehlen ein bisschen die Worte. Es passt irgendwie alles nicht gut zu den sonstigen Versprechungen und Gedanken, die wir hier teilen, zusammen. Ich würde sagen, dass das Gesetz kurzsichtig ist und das Bauen nicht beschleunigen wird – das hat die längere Ausschusssitzung am Montag gezeigt –, es soll möglichst schnell durchgekloppt werden, und es ist nicht einmal mit Bundes- und Europarecht im Einklang – auch darum ging es in der Anhörung am Montag, das ist bis auf Weiteres nicht geklärt –, und es gibt parteiübergreifenden Widerspruch dazu, nämlich den Baumentscheid. Sogar der SPD-Landesvorstand hat sich schon dazu bekannt. Wir können in einer zubetonierten heißen Stadt mit einem kaputten Ökosystem in Zukunft nicht mehr leben. Deswegen ist für uns dieses Gesetz nicht zustimmungsfähig.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollegin Schneider! – Dann sind wir bei Herrn Bertram von der AfD-Fraktion.

Alexander Bertram (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe es schon bei der Anhörung gesagt, dass wir dem Gesetz prinzipiell positiv gegenüberstehen, aber auch im Bereich des Naturschutzes durchaus Nachbesserungsbedarf sehen, gerade was den § 17 zu den Ausgleichsmaßnahmen angeht. Uns erschließt sich einfach nicht, warum die Frist entfallen soll. Vielleicht können wir dazu etwas Genaueres hören. Ich habe es damals schon angemerkt, und dann keine so richtig zufriedenstellende Antwort bekommen. Aktuell haben wir die zwei Jahre drinstehen. Das ist, glaube ich, eine gute Lösung. Das hat sich aus meiner Sicht und mit den Gesprächen, die ich geführt habe, durchaus bewährt. Dass das jetzt entfallen soll und nur noch von einer angemessenen Frist die Rede ist, finde ich persönlich doch etwas schwierig, weil die entsprechenden Ämter das erst einmal bewerten müssen, was eine angemessene Frist ist. Da gibt es Rechtsstreitigkeiten, die auf uns zukommen. Das sind Rechtsunsicherheiten. Dem kann man durchaus entgegenreten, indem man es bei der Frist belässt. Wenn es da wirkliche Probleme gibt, wäre vielleicht der Kompromissvorschlag, dass man die Fristen an der Stelle etwas länger macht, aber dass die ganz entfallen soll, ergibt für uns relativ wenig Sinn, zumal die Durchsetzung auch der Ausgleichsmaßnahmen immer problematischer wird.

Der weitere Kritikpunkt war der § 28, das hatten wir gerade auch schon gehört, was auch von dem Anzuhörenden Herrn Schubert bei der Sitzung angesprochen wurde, dass es auch jetzt schon durchaus die Möglichkeit – bei überwiegendem öffentlichen Interesse – von Ausnahmen von diesem Biotopschutz gibt. Daher ist auch die Frage, ob man das lockern muss, oder ob man es nicht lieber bei den jetzigen Regelungen belässt, die wir haben. So wird schon Tür und Tor geöffnet, dass die Ausnahme zur Regel wird. So kann man das zumindest lesen. Da sind wir durchaus auch sehr skeptisch. Wie gesagt, insgesamt stehen wir dem Schneller-Bauen-Gesetz bei ganz vielen Punkten positiv gegenüber, beim Naturschutz eher nicht.

Ich muss auch sagen, dass ich tatsächlich gespannt bin, welche Änderungsanträge die Koalition auf den Weg bringen wird. Da hört man doch auch sehr unterschiedliche Stimmen aus Ihren Reihen. Das hatten wir auch bei der Anhörung an dem Montag. Deswegen ist das für uns alles eine Blackbox, auf was Sie sich da einigen wollen. So richtig klar ist das alles nicht, was Sie bisher an öffentlichen Äußerungen dazu getätigt haben. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Bertram! – Dann wechsle ich tatsächlich mal kurz die Rolle zum Umwelt- und Klimapolitiker der CDU-Fraktion, halte es trotzdem diplomatisch.

Danny Freymark (CDU): Die Idee, Änderungsanträge zu stellen, ist sehr wertvoll. Das hat bisher keiner gemacht, weder die Opposition noch die Koalition. Das wird die große Hausaufgabe sein, dass jeder mal dokumentiert, was er eigentlich tatsächlich möchte. Für mich war die Anhörung letzte Woche Montag insofern erhellend, wirklich zu hören, wo die großen Baustellen sind, wo die kleinen sind, wo sich vielleicht auch ein paar Punkte verflüchtigen. Der große Rahmen ist durch die Bundesgesetzgebung gegeben. Es gibt ja keine Abweichung von dem, was sowieso Recht und Gesetz ist, weil das offensichtlich die Sorge bei dem einen oder anderen ist. Es ist wirklich die Frage, wie viel Sorge berechtigt ist.

Der zweite Gedanke: Ich finde es sehr gut, dass man sagt, dass man diese Konferenz ganz am Anfang des Prozesses setzt. Ich weiß natürlich, dass das immer auch eine Frage ist, wie man dann die Abläufe gestaltet, wie das mit dem Personal ist, ob das überhaupt in dem Umfang

ausreicht. Das regelt das Gesetz in dem Umfang nicht. Wir werden auch in unserer Rolle als Haushaltsgesetzgeber an anderer Stelle miteinander diskutieren müssen, was dieses Gesetz eigentlich für Auswirkungen hat. Das sage ich auch, weil sehr viele Punkte aufgekommen sind: Netto-Null-Versiegelung, will natürlich jeder im Raum, müssen wir aber an anderer Stelle gemeinsam bewerkstelligen, die Frage, wie wir mit Biotopenschutz und Wald umgehen, was wir da investieren, wie wir mit Ausgleichsflächen umgehen. Natürlich stellt sich das auch an anderer Stelle. Nicht durch das Schneller-Bauen-Gesetz wird die Klimakrise ausgelöst oder beendet, sondern sie ist natürlich ein Teil der Gesamtdiskussion, und sie erweckte im ersten Eindruck auch bei mir einen eher umwelt- und klimakritischen Weg, wenn Natur und Artenschutz an allem Schuld sei und wenn es euch nicht gäbe, wäre in Berlin alles gut geregelt. So ist es ja nicht. Ich werde die große politische Debatte nicht aufmachen, aber wenn wir wissen, mit wieviel Menschen wir monatlich zusätzlich konfrontiert sind, die hierherkommen, die hier eine Heimat suchen, die hier Aufenthalt wollen, die ein Obdach suchen, die integriert werden müssen, dann haben wir einfach eine baupolitische Verantwortung, die wir auch mit dem Schneller-Bauen-Gesetz versuchen wahrzunehmen. Ich verstehe die Kritik daran, aber an anderer Stelle sagen wir – viele auch hier im Raum, auch in den vertretenen Parteien – nicht Nein, sondern auch da sagen wir Ja. Wenn wir immer Ja zu all dem sagen, was wir insgesamt politisch als Thema haben, werden wir natürlich immer mit großen Herausforderungen konfrontiert sein.

Ich werde mich sehr dafür einsetzen, ich glaube auch die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion habe ich auch so verstanden und eigentlich auch alle anderen, dass die Verbände in einer angemessenen Frist berücksichtigt werden müssen, und da sind vier Wochen in Ordnung. Das wird kein Bauvorhaben verhindern oder verzögern, sondern das ist eine angemessene Frist.

Natürlich nehme ich die Sorge um Biotopenschutz und Wald ernst – und das werden wir bei uns noch diskutieren. Ich habe das so verstanden, dass das Ausnahmen wären, aber ich gebe zu, Frau Gennburg, wenn Sie sagen, dass 50 Wohneinheiten schon gesamtstädtische Bedeutung haben, dass das nicht so ist, dass ich da „Juhu!“ geschrien habe, als ich das gelesen habe. Aber am Ende sind Sie und ich gute Demokraten, oder versuchen es zu sein, und dann muss man auch akzeptieren, dass es andere Mehrheiten vielleicht auch in den eigenen Fraktionen oder im Gesamtparlament für das eine oder andere gibt.

Vielleicht ein abschließender Gedanke: Dr. Rammler hatte gesagt, und das fand ich sehr interessant, dass das Grünvolumen um 5,6 Prozent in den letzten zehn Jahren abgenommen hat. Das sollte für uns auch Maßgabe unseres politischen Handelns sein, wenn wir mehr versiegeln, wenn wir mehr bauen, an anderer Stelle uns zukünftig mehr Mühe geben. Das sehe ich aber als gesamtparlamentarischen Auftrag, als Auftrag der gesamten Koalition und des gesamten Senats und nicht nur auf dem Rücken des Schneller-Bauen-Gesetzes diskutiert. Heute werden wir dieses Gesetz erst mal nicht mit Änderungsanträgen versehen, es liegen uns ja keine vor. Deswegen werden wir in den nächsten Ausschussberatungen, die alle noch transparenterweise stattfinden, hoffentlich mit den entsprechenden Initiativen das garnieren. Dann wird vielleicht auch sichtbarer, wo die Anhörung etwas gebracht hat, wo die Sichtweisen unterschiedlich, aber wir in Summe dann – dafür spricht sich die CDU-Fraktion aus – ein Schneller-Bauen-Gesetz bekommen, das diesen Namen auch verdient hat. – Das so weit in der Rolle als Sprecher!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Dann würde ich gerne in die Rolle desjenigen zurückgehen, der die Sitzung leiten darf. – Frau Gennburg hat sich noch einmal gemeldet, und danach gerne der Senat zur Stellungnahme.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte gerne noch einmal Stellung dazu nehmen, dass Sie gerade gesagt haben, dass die bundespolitischen Regelungen nicht angefasst seien und die sowieso den Rahmen vorgeben. Ich möchte übrigens ganz kurz darum bitten, dass wir ein Wortprotokoll zu diesem Besprechungspunkt genehmigen, damit wir die weitere Auswertung dieser Besprechung einfließen lassen können.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Darf ich kurz dazwischenfragen, ob alle damit einverstanden sind? – Ich sehe nur Kopfnicken, dann machen wir das gerne so.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank, das ist toll! – Sie sagten, dass keine bundespolitischen Regelungen in dieser Weise verändert werden, beziehungsweise wir ja sowieso diese bundespolitischen Regelungen als Grundlage hätten, und auf der müssten wir irgendwie in Berlin manövrieren. Da möchte ich gerne erst einmal darauf hinweisen – da sind wir hier vielleicht auch der falsche Ausschuss –, dass es früher so war, dass Stadtentwicklung und Umwelt in einem Ausschuss waren. Wir sehen, wie misslich es ist, dass diese Bereiche getrennt wurden, weil man jetzt Stadtentwicklung als Betonvergießen sieht und Umwelt irgendwie als das, wo dann der Rest geregelt wird, gewissermaßen als Orchideenfach. Das ist ein riesiges Problem, weil es zulasten der Stadtentwicklung und zulasten der Umwelt geht.

Wenn wir hier schon über stadtpolitische Fragen reden, Herr Freymark, dann will ich Ihnen gerne da noch einmal einen wesentlichen Tipp mitgeben. Es ist nämlich so, dass das sogenannte Schneller-Bauen-Gesetz in eine Zeit fällt, in der auch die Novelle des Baugesetzbuches auf Bundesebene vorangetrieben wird. Da muss man einfach sagen, dass SPD, Grüne und FDP wirklich auf ganzer Linie versagt haben, weil die Neuregelung mit dem § 246e BauGB dazu führen wird, dass wir großflächige Versiegelung auf wertvollen Flächen insbesondere am Stadtrand, im Außenbereich haben werden. Das heißt, dass Olaf Scholz vom großflächigen Sozialbau à la Siebzigerjahre am Stadtrand träumt. Da kann ich nur sagen: Nichts gelernt! –, aber gut, das muss ihm jemand noch persönlich sagen.

Die Frage der Stadtentwicklungspolitik, die gerade auf Bundesebene neu justiert wird, übrigens genau so – und deswegen sind Sie da Teil des Problems – wie Sie investorenfreundlich, null bodenpolitisch, und dagegen gibt es massiven Protest. Der NABU, Bündnis Bodenschutz, sogar die Landwirte protestieren gegen § 246e BauGB, von den ganzen Stadtplanerinnen und Stadtplanern muss ich gar nicht reden, weil die es eh von Anfang an abgelehnt haben, alle Architekten und so weiter. Das heißt aber, dass es eben genauso ist, dass diese Neuregelung auf Bundesebene die gesamte Entwicklung, mit dem, was Sie als sogenanntes Schneller-Bauen-Gesetz auf den Weg bringen, dramatisch verschlechtern wird. Alles, wo wir jetzt sagen: Na ja, gut, das ist dann vielleicht irgendwie noch machbar –, wird über die Bundesregelung und die katastrophale Situation in den Bezirken, die sich zuspitzt, dazu führen, dass die Natur krass unter den Hammer kommt, übrigens für Wohnraum, der null sozial gebunden ist. Niemand weiß, was da für Wohnungen gebaut werden. Sie erzählen die ganze Zeit, dass einfach nur neu gebaut werden muss. Nein, es muss überhaupt nicht einfach nur neu gebaut werden. Es muss leistbarer Wohnraum und am besten in kommunaler Hand neu gebaut werden, und zwar zu leistbaren Mieten mit Wohnungsbaugesellschaften, die die Mieten nicht erhöhen.

Da will ich mal eines sagen: Es ist eben nicht so, lieber Danny, dass wir eigentlich nur immer neue Leute bekommen. Es ist so, dass in den letzten Jahren in dieser Stadt massiv neue Hotels, Shopping Center und irgendein Scheiß gebaut wurden, womit wertvoller Raum verloren gegangen ist. Hier in diesem Umweltausschuss ist der richtige Ort, um über die soziale und ökologisch gerechte Raumverteilung zu sprechen. Da muss man einfach mal sagen, dass ich von einer Umweltverwaltung erwarte, dass sie zu Beschneidungen im Baumschutz und Versiegelung auf Kosten der Leute, die am Ende nur unterausgelastete Hotels irgendwo hingeknallt bekommen, Nein sagt, sondern ganz klar sagt, dass es eine ökologische und eine soziale Frage ist, wie der Raum in dieser Stadt verteilt wird. Deswegen muss man zu § 246e und zu diesem Schneller-Bauen-Gesetz Nein sagen. Deswegen werden wir gar keinen Änderungsantrag stellen. Dieses Gesetz kann man nur von vorne bis hinten ablehnen. Ich hoffe, es scheidet, und zwar gnadenlos.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Gennburg! – Dann hat Herr Dr. Taschner sich noch einmal gemeldet. Ich will wirklich nicht nerven, aber wir haben noch zehn Minuten, und es kommt noch ein Antrag. Deswegen bitte ich um kurze Beiträge. Wir müssen dem Senat auch noch die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ich werde es kurz halten. Es zeigt, dass es heute eigentlich unangemessen ist, dieses Gesetz zu besprechen. Herr Freymark, wenn ich Ihnen so zuhöre, hört sich das alles ganz schick und nett an, und Sie wollen sich das alles noch einmal irgendwie anschauen und noch einmal nachdenken. Die Konsequenz müsste dann aber sein, dass wir heute nicht darüber abstimmen, sondern dass Sie sich als Koalition über die Gedanken, die auch Frau Vierecke noch einmal vorgetragen hat, einigen und das dann auch hier im Umweltausschuss noch einmal zur Diskussion stellen, was Sie sich an Änderungen in dem Bereich vorstellen, und dass wir es heute eben nicht abstimmen.

Ich fürchte, die Koalition wird es heute dennoch durchziehen, genauso wie es am Montag im Innenausschuss wahrscheinlich durchgezogen wird und am Mittwoch im Mobilitätsausschuss. Das hat nichts damit zu tun: Ja, wir hatten die Riesenanhörung, und jetzt müssen wir mal schauen, was kommt. – Sie wollen dieses Gesetz auf Biegen und Brechen noch zu Jahresende durchringen. Das geht auf Kosten von Ökologie, es geht auf Kosten von Naturschutz, und Sie machen sich unglaublich, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Ja, da müsste man doch mal irgendetwas – Natürlich, vier Wochen sind besser als zwei Wochen, aber wenn Sie letztendlich an anderer Stelle Natur- und Umweltschutz schon beschneiden, dann ist es den Umweltverbänden letztendlich scheißegal, ob sie zwei oder vier Wochen haben, was letztendlich ihren Interessen zutiefst zuwider läuft. Da nützen mir die zwei Wochen, dass ich da noch etwas einwenden kann, auch nicht wahnsinnig viel. Wir lehnen dieses Gesetz auf alle Fälle ähnlich wie Die Linke definitiv ab.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Jetzt gerne der Senat!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Vielen Dank! – Weil es gerade angesprochen wurde: Warum stimmen Sie diesem Gesetz zu? – Das Gesetz ist jetzt im Abgeordnetenhaus. Es gab den Beschluss im Senat, und es ist ein Ergebnis einer sehr langen Verhandlung gewesen. Wir haben da sehr hart miteinander gerungen, das ist auch kein Geheimnis. Herr

Igel hat es in der Anhörung so schön gesagt: Dieses Gesetz ist das Ergebnis einer sehr harten Arbeit –, und das stimmt.

Wir haben viel verhandelt, und ich bin der Auffassung, dass wir zu einem guten Ergebnis gekommen sind. Sicherlich hat der eine oder andere sich noch andere Punkte reingewünscht. Das ist eben so, denn anders als Sie es jetzt darstellen, ist es eben nicht schwarz-weiß. Es gibt unterschiedliche Interessen, und am Ende des Tages muss man, wenn man in der Gesetzgebung tätig ist – das wird bei Ihnen im Abgeordnetenhaus auch so sein –, zu Kompromissen kommen, damit man gemeinsam etwas verändern kann. Ich muss sagen: Was ich, glaube ich, wichtig finde, ist, dass im Gesetz angelegt ist, dass das Thema Artenschutz und Naturschutz direkt von Anfang an im Prozess viel mehr mitgedacht wird, dass am Anfang alle, die es betrifft, zusammenkommen müssen, weil sie durch das Schneller-Bauen-Gesetz auch dazu gezwungen sind, um die Belange des Naturschutzes und Artenschutzes direkt von Anfang an auf den Tisch zu legen und die Erfordernisse auch klar zu machen.

Man muss sagen: Wie läuft es denn heute? – Ich glaube, keiner der hier Anwesenden sagt, dass es heute optimal läuft und durch das Schneller-Bauen-Gesetz alles schlechter wird. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt in der Stadt kaum ein Bauvorhaben, was nicht beklagt wird. Am Ende des Tages kommt es zu ganz langen Verzögerungen und nicht zu mehr Naturschutz und Artenschutz. Das führt zu einer Verhärtung der Fronten, und am Ende des Tages erreichen wir durch das Vorgehen, so wie es teilweise heute erfolgt, auch nicht mehr Artenschutz und Naturschutz. Das muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen. Die Realität ist so, wie sie ist.

Ganz kurz zu den konkret gestellten Fragen: Baumschutz – es ist ja so, das war uns auch wichtig, dass in der Änderung der Baumschutzverordnung immer noch Bestandteil ist, dass das Einvernehmen der Naturschutzbehörde notwendig ist, wenn ein Baum gefällt werden muss. Da gibt es überhaupt keine Absenkung. Das Einvernehmen ist weiterhin notwendiger Bestandteil. Insofern ist die Naturschutzbehörde durchaus weiter beteiligt.

Dann die Frage nach der Beteiligung der Verbände: Aus meiner Sicht, rein fachlich, spricht auch nichts gegen vier Wochen, aber wie gesagt, das ist jetzt bei Ihnen im Abgeordnetenhaus. Da müssen Sie sich miteinander verständigen.

Streichung § 8 LWaldG Berlin: Das verändert nicht die materiellen Anforderungen. Die Frage nach § 6 LWaldG Berlin: Das ist eine klarstellende Regelung, denn die Rechtslage war vorher schon so, wie sie jetzt auch klarstellenderweise dargestellt wird. Die Gleichwertig gab es auch vorher schon.

Herr Bertram hatte nach der angemessenen Frist für die Ersatzpflanzung gefragt. Da ist es so, dass vorher die Zwei-Jahres-Frist drin stand, die wir jetzt in eine „angemessene Frist“ geändert haben. Das heißt aber nicht, dass es keinen zeitlichen Zusammenhang mehr geben muss, im Gegenteil, es muss weiterhin bestehen, denn auch dieses Erfordernis ist durch die Bundesgesetzgebung vorgesehen. Im § 15 BNatSchG ist es relativ klar formuliert. Diese Ersatzpflanzung muss im zeitlichen Zusammenhang erfolgen. Daran ändern wir auch nichts. Es muss halt im Einzelfall individuell festgelegt werden, und ich denke, dass das auch eine vernünftige Regelung ist. Dann kann man nämlich auf den Einzelfall auch besser eingehen. – Dann habe ich die Fragen auf die Schnelle abgearbeitet! – [Linda Vierecke (SPD): § 28, Biotopschutz!] – Hatten wir noch zu den Biotopen eine Ergänzung? – Es ist eben ein Ergebnis eines Verhand-

lungsprozesses. Das habe ich gesagt. – [Zuruf] – Machen Sie bitte mit Mikrofon, sonst kann ich Sie nicht verstehen.

Katalin Gennburg (LINKE): Frau Vierecke hat eine klare Frage gestellt: Können die Biotope schneller bebaut werden?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): In Ausnahmefällen wird es Möglichkeiten geben, aber auch das wird im Verfahren geprüft werden, und dann muss es rechtlich zulässig sein. Da sind alle Behörden dabei, die dafür verantwortlich sind, und müssen eine gemeinsame Entscheidung treffen. Es wird jedenfalls keine flächendeckende Bebauung von Naturschutzgebieten und Biotopen geben. Das ist völlig absurd.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Weitere Ergänzungen habe ich nicht gesehen. – Liebe Frau Gennburg, Sie haben einen Antrag?

Katalin Gennburg (LINKE): Ich beantrage hiermit die Vertagung der Abstimmung über das Gesetz.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Wir stimmen den Antrag der Vertagung ab. Wollen wir vertagen? Wer für Ja ist, bitte jetzt das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? Bei Enthaltung der AfD-Fraktion und Ablehnung der Koalition abgelehnt, Frau Gennburg. Dann kommen wir zur regulären Abstimmung über die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1858. Wer stimmt diesem Gesetz zu? – CDU- und die SPD-Fraktion und AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Nein, die anderen drei genannten haben zugestimmt. Vielen Dank für die schwierige Debatte! Die wird sich an anderer Stelle mit Sicherheit noch fortsetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1432

Keine Großwindkraftanlagen in Grunewald oder am Müggelsee – Wind-an-Land-Gesetz auf den Prüfstand!

[0148](#)

UK

BuEuMe(f)
StadtWohn
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.